

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 11. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am  
24.06.2015**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Festsaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 14:00 Uhr bis 19:06 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnahmeverzeichnis

## Anwesend sind:

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Hendrik Lange	Vorsitzender des Stadtrates	
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	bis 19:00 Uhr
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	bis 19:00 Uhr
Dr. Michael Lämmerhirt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	bis 20:30 Uhr
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Frank Sängner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	ab 15:50 Uhr
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	bis 17:43 Uhr
Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	14:50 bis 20:10 Uhr
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	bis 20:05 Uhr
Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Marcel Kieslich	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Swen Knöchel	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Stan Meerheim	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Katja Müller	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	ab 14:10 Uhr
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Manuela Plath	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Fabian Borggrefe	SPD-Fraktion	bis 17:00 Uhr
Dr. Karamba Diaby	SPD-Fraktion	bis 20:20 Uhr
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion	
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion	
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion	
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion	
Johannes Krause	SPD-Fraktion	
Bernward Rothe	SPD-Fraktion	
Kay Senius	SPD-Fraktion	
Dr. med. Detlef Wend	SPD-Fraktion	
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Ann-Sophie Bohm-Eisenbrandt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Denis Häder	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Helmut-Ernst Kaßner	Stadtrat	bis 18:00 Uhr
Markus Klätte	Stadtrat	
Gerhard Pitsch	Stadtrat	ab 16:04 Uhr

Egbert Geier  
Uwe Stäglin  
Dr. Judith Marquardt  
Tobias Kogge  
Sabine Ernst  
Oliver Paulsen  
Marco Schreyer  
Maik Stehle

Bürgermeister  
Beigeordneter  
Beigeordnete  
Beigeordneter  
Verwaltung  
Verwaltung  
Verwaltung  
Verwaltung

**Entschuldigt fehlen:**

Katharina Hintz  
Gisela Wagner

SPD-Fraktion  
Stadträtin

## zu **Einwohnerfragestunde**

---

**Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, begrüßte die Bürgerinnen und Bürger sowie die Damen und Herren Stadträte zur 11. Stadtratssitzung und eröffnete die Einwohnerfragestunde.

### **Herr Wolfgang David zur Tarifentlohnung im Subunternehmen der HAVAG AG**

---

**Herr David** stellte sich als Busfahrer der Kossmann GmbH vor. Er bezog sich auf den im November 2013 gefassten Stadratsbeschluss, wonach Subunternehmer der HAVAG Tariflohn zahlen müssen. Dies sei bisher nicht erfolgt.

Er fragte an, wann der Stadratsbeschluss umgesetzt wird und wie durch Nachzahlung der festen Zusagen vom 01.05.2015 die tarifliche Entlohnung realisiert werde.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies darauf, dass der Stadratsbeschluss rechtlich geprüft wurde.

Durch **Herrn Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, wurde ergänzt, dass der Beschluss des Stadtrates zum Nahverkehrsplan noch nicht die Zahlungsverpflichtung auslöst.

Zurzeit werde eine rechtliche Prüfung vorgenommen, damit im Verhältnis zwischen Stadt und HAVAG eine finanziell saubere Abwicklung erfolgen könne, ohne die bestehenden Vertragsverhältnisse zwischen Stadt und HAVAG zu gefährden. Man arbeite unter Hochdruck an einer Vorlage. Sollte dies bis zum 08. Juli 2015 nicht gelingen, werde eine Lösung in der nächsten Sitzung nach der Sommerpause angestrebt.

**Herr David** äußerte abschließend sein Unverständnis über die lange Bearbeitungszeit.

### **Herr Andreas Härtig zum Bebauungsplan Nr. 162 "Döläu, Wohngebiet am Heideweg"**

---

In Bezug auf den Bebauungsplan Nr. 162 merkte **Herr Härtig** an, dass er sich dafür einsetzen wolle, dass dort in einer ortstypischen Weise gebaut werde. Der jetzt ausliegende Beschluss habe diese Form nicht und es gäbe noch zu viele offene Fragen.

Die komprimierte Bauform führe zu einer Verdichtung am Ortsrand der Gemeinde Döläu. Und die überzogene Flächenversiegelung werde durch Ausgleichsmaßnahmen auf anderen Grundstücken außerhalb Döläus als zulässig erklärt. Auf Schichtenwasser wird an mehreren Stellen zwar hingewiesen, jedoch nur unzureichend untersucht. Auf Grund der Bebauung werde sich die Hydrologie massiv verändern. Die vorhandene alte Leitung an der Straße Am Waldrand müsse die doppelte Menge an Abwasser aufnehmen müssen und der zunehmende Verkehr werde durch die einseitige Parksituation weiter verschärft.

In diesem Zusammenhang fragte **Herr Härtig** an, warum die Stadt für das Plangebiet keine vollständige Grundlagenermittlung durchführt und weshalb kein hydrologisches Gutachten in Auftrag gegeben wird.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, führte dazu aus, dass die Räte darüber entscheiden müssten, ob der Entwurf des Bebauungsplanes offengelegt wird.

Zum Thema Hydrologie habe es eine Befassung gegeben und die Stellungnahme der unteren Wasserbehörde liege mit der Aussage vor, dass eine Einleitmenge zulässig sei, die dem entspricht, was vorher auf dem Grundstück, welches bebaut war, eingeleitet wurde. Aufgrund der Hinweise aus der Bevölkerung habe es auch Änderungen dahingehend gegeben, dass man vom Regenwasserrückhaltebecken Abstand nahm und andere Lösungen gesucht werden.

Aus Sicht aller Beteiligten gab es bisher nicht die Notwendigkeit, ein noch weitergehendes Gutachten zu erstellen.

**Herr Beigeordneter Stäglin** machte darauf aufmerksam, dass nach der Beschlussfassung zur Offenlage des Bebauungsplanes geplant sei, am 2. September 2015 eine Anwohnerinformationsveranstaltung durchzuführen.

Er bat darum, die noch offenen Fragen schriftlich an die Verwaltung einzureichen, damit diese abgearbeitet werden können.

Sollte es die Forderung nach einem weiteren hydrologischen Gutachten geben, müsse dies in der Abwägung beantwortet werden. Die Verwaltung habe bisher nicht das Erfordernis gesehen, weil von einer Bestandsbebauung ausgegangen und eine klare Vorgabe an den Bauherren bezüglich der Einleitung gemacht wurde.

#### **Herr Olaf Sieber zum Bauvorhaben in Halle-Dörlau**

---

**Herr Sieber** fragte an, ob durch den Ausbau der Salzmünder Straße eine weitere Belastung des Hechtgrabens erwartet wird und ob dies erst nach Genehmigung des Bebauungsplanes Heideweg öffentlich benannt werden soll.

Des Weiteren fragte er an, ob es durch das Bauvorhaben Am Heideweg erhebliche Auswirkungen auf das vorhandene hydrogeologische System gäbe und es durch die Drainage zu einem stärkeren Wassereintrag in den Hechtgraben kommt.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, sagte wegen der Komplexität der Fragen eine schriftliche Beantwortung zu.

Das Thema Salzmünder Straße wurde schon im Stadtentwicklungsausschuss behandelt. Er habe dazu mitgeteilt, dass die Salzmünder Straße, beginnend ab dem Kreisel, abschnittsweise ausgebaut wird, da wegen fehlender Finanzmittel jetzt nicht die gesamte Straße ausgebaut werden kann.

Für die Bürgerveranstaltung am 2. September werde das Thema Hechtgraben vorbereitet und präsentiert.

## Herr Rodney Thomas zum Schuldenbericht 2012 - 2013

---

**Herr Thomas** bezog sich auf den Schuldenbericht 2013 – 2013 und fragte an:

1. Seite 14 des Schuldenberichtes zeigt in einer Tabelle eine ausführliche Übersicht über laufende Derivate zum 31.12.2012.  
Sind alle abgeschlossenen und ausgelaufenen Derivate vor dem 31.12.2012 in dieser Tabelle eingeschlossen?
2. Wie hoch ist der gesamte Gewinn oder Verlust der Zinssicherungsgeschäfte, ob laufende oder ausgelaufene, die seit 18. Dezember 2002 abgeschlossen wurden.
3. Im Zusammenhang mit Zinssicherung belaufen sich die Verbindlichkeiten der städtischen Firmen auf 847 Mio. Euro.  
Wie hoch ist die gesamte Summe aus diesen Verbindlichkeiten, Darlehen usw., deren Zins durch Zinssicherung gesichert ist?  
Welche Prozentzahl hat der variable Zinssatz?

**Herr Bürgermeister Geier** teilte mit, dass der Schuldenbericht eine stichtagsbezogene Darstellung beinhalte. Die Differenz ergäbe sich daraus, dass vom Stichtag 2012 zum Stichtag 2013 Derivate ausgelaufen und deshalb nicht in der Tabelle aufgeführt sind. Nachdem die Tabelle die vorgenommene Zinssicherung darstellt, gäbe es nicht die Frage des Gewinns oder des Verlustes, sondern die Zinsaufwendungen werden konstant gesichert.

Bezüglich der Frage 3. sagte **Herr Bürgermeister Geier** eine schriftliche Beantwortung zu.

Des Weiteren berief sich **Herr Thomas** auf die Erhöhung der variablen Zinsen und fragte in Bezug auf die städtischen Liquiditätskredite nach den städtischen Vorhaben zur Behandlung der geänderten Marktbedingungen.

**Herr Bürgermeister Geier** verwies darauf, dass dies entscheidend von der Zinsmeinung der Verwaltung abhängt. Diese gehe bei dem sehr tiefen Zinsniveau von einer Steigerung der Zinsen aus.

Bei der Liquiditätsplanung müsse eine Abwägung dahingehend vorgenommen werden, die niedrige Zinsphase für die Stadt mitzunehmen, was mit einer ständigen Marktbeobachtung einhergehe und die variable Finanzierung durch eine Festfinanzierung umgestellt wird. Die ganze Liquidität werde nicht variabel finanziert, sondern es wurde eine gute Mischung gefunden.

## Frau Kerstin Jugel zu transparenten Eckpunkten bei Kindertagesstätten

---

**Frau Jugel** stellte sich als Vertreterin der Interessengemeinschaft christlicher Kindertagesstätten in familiärer Vielfalt vor und fragte an:

1. Bis zu welchem Zeitpunkt wird es transparente Eckpunkte bei der Kita-Finanzierung geben?
2. Wird einer Freistellung der Leitung nach einem Schlüssel Vollzeitstelle bei 100 Kindern, aber mindestens ½ Stelle pro Einrichtung, zugestimmt?
3. Wann wird akzeptiert, dass für Erzieherinnen und Erzieher eine dringende Vor- und Nachbereitungszeit von mindestens 45 Minuten am Tag einzuräumen ist?

4. Wird es eine Finanzierung geben, die von fünf Quadratmetern für pädagogische Nutzfläche für Kinder und nicht wie bisher von 2,5 Quadratmeter ausgeht?
5. Wann gesteht man kleineren Kindertagesstätten, mit geringerer Kapazität, eine kostendeckende Finanzierung zu?

Bezüglich der Eckpunkte für die Kita-Finanzierung teilte **Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, mit, dass die Verwaltung mit dem Land als öffentlicher Träger momentan dabei sei, eine Rahmenvereinbarung mit dem Bereich der freien Träger zu schließen. Der Vertrag soll im dritten Quartal 2015 abgeschlossen sein und bilde die Grundlage für den Bereich der Finanzierung in den LQE-Verhandlungen.

Zur Frage 2. wurde durch ihn darauf hingewiesen, dass man sich darauf geeinigt hatte, bei der Größe des Eigenbetriebes bei 100 Kindern 0,75 Leiterstellen freizustellen. Er halte die Vorgabe einer Richtlinie des Landes Sachsen-Anhalt zur Regelung der Leiteranteile für gut.

In Bezug auf die Quadratmeterzahlen wies er darauf hin, dass im Kinderbetreuungsgesetz von 1997 fünf qm pro Krippe und 1,5 qm pro Kindergarten festgelegt wurde. Dies wurde nie richtig aufgehoben und im Rahmen des Landesjugendamtes als Grundlage aller Richtlinien den örtlichen Trägern für die Genehmigungsfragen, Diskussionen zur Betriebserlaubnis und anderen Bereichen immer zugrunde gelegt.

Im Zuge der Diskussion zum Rahmenvertrag werde die Verwaltung dem Land den Auftrag zur einheitlichen Ausgestaltung der Kindertagesstätten des Landes Sachsen-Anhalt mitgeben.

Zur Frage der Vorbereitungszeit machte **Herr Beigeordneter Kogge** deutlich, dass im neuen Kifög des Landes Sachsen-Anhalt die vorher eingeführten Vor- und Nachbereitungszeiten zugunsten einer anderen Finanzierung gestrichen worden sind.

Er halte dies für schwierig, wies aber auch darauf hin, dass es eine einheitliche Regelung im Land Sachsen-Anhalt geben muss. Dazu seien entsprechende Erlasse und Richtlinien sowie die Finanzierung festzuschreiben.

## **Frau Gudrun Schlotte zur Merseburger Straße**

---

**Frau Schlotte** stellte sich als Vertreterin der Bürgerinitiative Umbau Rosengarten vor. Bezüglich des Beschlussvorschlages zum Umbau der Merseburger Straße im Bereich Rosengarten fragte sie an, ob mit dem Beschluss die Einspurigkeit der gesamten Merseburger Straße fortgeführt und damit der Beschluss vom April 2014 zum Ausbau der Vierspurigkeit unterlaufen werden soll.

Des Weiteren fragte sie nach, aus welchem Grund man der Alternative zum gemeinsamen Fuß- und Radweg negativ gegenübersteht.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, führte dazu aus, dass von der Verwaltung in den Ausschüssen deutlich und sehr frühzeitig dargestellt wurde, im Bereich der nördlichen Merseburger Straße mehrere gleichwertige Stadtratsbeschlüsse zu haben. Zum einen handelt es sich dabei um das Thema Vierspurigkeit und zum anderen die Radverkehrskonzeption mit der wesentlichen Hauptverbindung für den Radverkehr entlang der Merseburger Straße.

Es wurde auch frühzeitig kommuniziert, dass die vorhandene Fläche nicht ausreichen würde, alle Ziele nach Regelwerk umzusetzen. Aus diesem Grund wurde eine Lösung gesucht und der Kompromiss unterbreitet, eine überbreite Fahrspur, auf der zwei Pkw nebeneinander fahren können, zu realisieren.

Auch jetzt gäbe es im nördlichen Teil der Merseburger Straße keine regelkonforme Zweispurigkeit, sondern eine Markierung, die in manchen Fällen auch jetzt schon dazu führe, dass größere Lkw nicht überholt werden können.

In Bezug auf den gemeinsamen Fuß- und Radweg machte **Herr Beigeordneter Stäglin** deutlich, dass es aufgrund der ermittelten Zahlen eine hohe Frequenz an Fuß- und Radverkehr gäbe und die Verwaltung sehe deshalb einen komplett durchgehenden gemeinsamen Fuß- und Radweg nicht als Lösung entsprechend der Regelwerke an. Man habe versucht, für den fließenden Pkw-Verkehr und für den Fuß- und Radverkehr adäquate Angebote zu unterbreiten.

Die vorgeschlagene Lösung sei leistungsfähig in der Berechnung und stelle keinen Nachteil für den Kfz-Verkehr in der Merseburger Straße dar.

Auf die Nachfrage von **Frau Schlotte**, dass bei einem Rückstau des Pkw-Verkehrs die Radfahrer den Kfz-Dämpfen ausgesetzt und weshalb ein gemeinsamer Fuß- und Radweg alternativlos seien, verwies **Herr Beigeordneter Stäglin** auf die zu beachtenden Regelwerke. Von der Frequenz des Rad- und Fußverkehrs werde nicht die Möglichkeit gesehen, den gemeinsam Fuß- und Radweg auf dem gesamten Abschnitt der Merseburger Straße zu begründen.

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Die 11. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Hendrik Lange**.

**Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, verpflichtete Herrn Dennis Helmich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, als Nachfolger des ausgeschiedenen Stadtrates, Herrn Dietmar Wehrich, auf der Grundlage des § 53 (2) KVG LSA.

Gleichzeitig wies er ihn gemäß § 30 (3) KVG LSA Pflichtbelehren auf die nach den §§ 32 und 33 obliegenden Pflichten hin.

**Herr Lange** stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig sind 50 Mitglieder des Stadtrates (87,72 %) anwesend.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- 6.2 Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse  
Vorlage: VI/2015/00839



- 6.2.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur BV Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse  
Vorlage: VI/2015/00924
- 6.2.2 Änderungsantrag der CDU/FDP Fraktion zur BV Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse - VI/2015/00839  
Vorlage: VI/2015/01012
- 7.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Prüfung der Einführung einer Krankenversichertenkarte für Asylsuchende  
Vorlage: VI/2015/00785  
*Wurde im Fachausschuss vertagt.*
- 7.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Halle  
Vorlage: VI/2015/00801  
*Wurde im Fachausschuss vertagt.*
- 7.7.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Halle  
Vorlage: VI/2015/00929
- 7.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erhöhung des Frauenanteils in den Aufsichtsgremien städtischer Unternehmen  
Vorlage: VI/2015/00863  
*Wurde im Fachausschuss vertagt.*

**Herr Lange** informierte darüber, dass nachfolgende Dringlichkeitsanträge auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen:

Grundsatzbeschluss zum Bau einer 3-Feld-Sporthalle am Standort „Steg“  
Vorlage: VI/2015/00919

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:** mit mehr als 2/3 Mehrheit  
Vorlage: VI/2015/00919 einstimmig zugestimmt

Damit wird die Vorlage unter dem Tagesordnungspunkt **6.15** behandelt.

Nachmeldungen zum Maßnahmeplan der Stadt Halle vom 11.09.2013 für Investitionen nach dem Hochwasser 2013 und  
Beschluss zur Höhe und Veränderung der Schadensmeldung von Fördermitteln nach der Richtlinie Hochwasser des Landes Sachsen-Anhalt zur Schadensbeseitigung bei der Infrastruktur der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/00955

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:**

Vorlage: VI/2015/00955

**mit mehr als 2/3 Mehrheit  
einstimmig zugestimmt**

Damit wird die Vorlage unter dem Tagesordnungspunkt **6.16** behandelt.

Änderungen des Gesellschaftsvertrages der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle  
Vorlage: VI/2015/01015

Die Stadträte stimmten dem Rederecht für Herrn Lork und Herrn Schanne von der BMA (BeteiligungsManagementAnstalt) zu.

**Herr Schanne** begründete die Dringlichkeit des Antrages mit der Durchführung dringender Personalmaßnahmen in der Theater, Oper und Orchester GmbH, insbesondere im Zusammenhang mit dem Intendantenwechsel der Oper Halle. Dies könne nur mit der Einstellung mehrerer Geschäftsführer in der TOOH gelöst und deshalb der Gesellschaftsvertrag geändert werden.

Durch **Herrn Lork** wurde ergänzt, dass es den Zeitdruck dahingehend gäbe, da spätestens am 02.07.2015 die Einladungen zu den Anhörungen für die Personen in der TOOH verschickt werden müssen, die nach dem Tarifvertrag NV Bühne beschäftigt sind und bei denen es um die Anhörung und Erklärung der Nichtverlängerung geht.

Man habe sehr kurzfristig erst erfahren, dass der Arbeitgeberverband der Meinung ist, dass der Intendant, Herr Stiska, im Sinne des Arbeitsrechtes ist und er aufgrund des Bühnenrechtes eine Verlängerung nicht durchführen und auch keinen Dritten damit bevollmächtigen kann.

Jetzt wurde ein Lösungsansatz gefunden, welcher durch eine Anwaltskanzlei mit dem Ergebnis geprüft wurde, dass mit der Einstellung eines weiteren Geschäftsführers dieser die Arbeitgeberfunktion wahrnehmen und mit dem neuen Intendanten der Oper die Anhörung durchführen und die Erklärung der Nichtverlängerung aussprechen kann.

Um die Dringlichkeit einschätzen zu können, fragte **Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE/DIE PARTEI**, nach, wann die von Herrn Lork bezeichnete Situation das erste Mal in der Verwaltung angesprochen wurde.

**Herr Lork** verwies darauf, dass dies eine Woche zurückliege.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:**

Vorlage: VI/2015/01015

**mit mehr als 2/3 Mehrheit  
einstimmig zugestimmt**

Damit wird die Vorlage unter dem Tagesordnungspunkt **6.17** behandelt.

**Herr Lange** informierte darüber, dass noch mehrere Dringlichkeitsvorlagen zu Umsetzungen in Verwaltungsräten und Ausschüssen vorliegen würden. Seinem Vorschlag, diese im Block abzustimmen, wurde zugestimmt.

8.11 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Neubesetzung von Ausschüssen  
Vorlage: VI/2015/01016

- 8.12 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Wahl eines Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss  
Vorlage: VI/2015/01017
- 8.13 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbesetzung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Halle GmbH  
Vorlage: VI/2015/01018
- 8.14 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbesetzung des Verwaltungsrates der Saalesparkasse  
Vorlage: VI/2015/01019
- 8.15 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Sportausschuss  
Vorlage: VI/2015/01021

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung zur Aufnahme der Dringlichkeitsanträge auf die Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:**      **mit mehr als 2/3 Mehrheit einstimmig zugestimmt**  
Vorlage: VI/2015/01016  
Vorlage: VI/2015/01017  
Vorlage: VI/2015/01018  
Vorlage: VI/2015/01019  
Vorlage: VI/2015/01021

**Herr Lange** informierte über nachfolgende Änderungen und Ergänzungen zur Tagesordnung:

- 6.1 Bestellung eines Protokollführers sowie einer stellvertretenden Protokollführerin  
Vorlage: VI/2015/00949  
*Wird gleich nach der Tagesordnung behandelt.*
- 6.5 Festlegung des Wahltages für den Beigeordneten/die Beigeordnete für Bildung und Soziales  
Vorlage: VI/2015/00820  
*Hierzu wurde die Anlage des Ausschreibungstextes vorgenommen.*
- 6.6 Bebauungsplan Nr. 159 „Stadteingang Riebeckplatz“ - Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: VI/2014/00245  
*Hierzu liegen Änderungen in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung vor.*
- 6.9 Stadtbahnprogramm Halle, Merseburger Straße Nord - Gestaltungsbeschluss  
Vorlage: VI/2015/00584  
*Hierzu liegt ein Änderungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion vor.*
- 7.6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines Rahmenplans für das Gebiet am Steg  
Vorlage: VI/2015/00603  
*Hierzu wurde der Beschlussvorschlag im Ausschuss für Stadtentwicklung geändert.*

8.6 Antrag der Fraktion DIE LINKE/ DIE PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung eines "Welcome Centers"  
Vorlage: VI/2015/00971

*Hierzu liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor.*

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, fragte nach, ob seine Anregung aus dem Hauptausschuss zur Änderung der Zeitschiene in der Anlage zum TOP 6.5 von der Verwaltung aufgenommen wurde.

Durch **Herrn Bürgermeister Geier** wurde dazu mitgeteilt, dass die Unterlagen in Papierform vorlägen und sofort verteilt werden. Eine technische Einstellung erfolgt umgehend.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
- . Behandlung TOP 6.1
3. Genehmigung der Niederschrift vom 27.05.2015
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 4.1 Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung des Stadtrates vom 27.05.2015 gefassten Beschlusses  
Vorlage: VI/2015/00938
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Beschlussvorlagen
- 6.1 Bestellung eines Protokollführers sowie einer stellvertretenden Protokollführerin  
Vorlage: VI/2015/00949
- 6.2 *Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse*  
Vorlage: VI/2015/00839 *vertagt*
- 6.2.1 *Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur BV Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse*  
Vorlage: VI/2015/00924 *vertagt*

- 6.2.2 *Änderungsantrag der CDU/FDP Fraktion zur BV Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse - VI/2015/00839*  
Vorlage: VI/2015/01012 vertagt
- 6.3 Änderung der Gebührensatzung für den Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis  
Vorlage: VI/2015/00826
- 6.4 Wirtschaftsplan 2015/2016 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle  
Vorlage: VI/2015/00898
- 6.5 Festlegung des Wahltages für den Beigeordneten/die Beigeordnete für Bildung und Soziales  
Vorlage: VI/2015/00820
- 6.5.1 *Änderungsantrag der CDU/FDP Fraktion zur Vorlage: Festlegung des Wahltages für den Beigeordneten/die Beigeordnete für Bildung und Soziales - VI/2015/00820*  
Vorlage: VI/2015/01010
- 6.6 Bebauungsplan Nr. 159 „Stadteingang Riebeckplatz“ - Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: VI/2014/00245
- 6.7 Bebauungsplan Nr. 162 „Dörlau, Wohngebiet am Heideweg“ - Beschluss zur öffentlichen Auslegung  
Vorlage: VI/2014/00265
- 6.8 Einziehung von Teilflächen der Dorotheenstraße und der Leipziger Straße  
Vorlage: VI/2015/00575
- 6.9 Stadtbahnprogramm Halle, Merseburger Straße Nord - Gestaltungsbeschluss  
Vorlage: VI/2015/00584
- 6.9.1 *Änderungsantrag der CDU/FDP Fraktion zur Vorlage "Stadtbahnprogramm Halle, Merseburger Straße Nord - Gestaltungsbeschluss" - VI/2015/00584*  
Vorlage: VI/2015/01022
- 6.10 Bebauungsplan Nr. 24 Halle-Bruckdorf, Gewerbe-, Handels- und Dienstleistungszentrum, 1. Änderung - Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: VI/2015/00656
- 6.11 Bebauungsplan Nr. 157 "Gewerbebestandsgebiet Deutsche Grube" - Beschluss zur öffentlichen Auslegung  
Vorlage: VI/2015/00659
- 6.12 Satzung über die 1. Verlängerung der Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 155 „Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost“  
Vorlage: VI/2015/00663
- 6.13 Baubeschluss Grundinstandsetzung der Elisabethbrücke (BR 022-023)  
Vorlage: VI/2015/00767
- 6.14 Teilnahme der Stadtverwaltung Halle (Saale) am ESF-Landesprogramm "Schulerfolg sichern"  
Vorlage: VI/2015/00887

- 6.15 Grundsatzbeschluss zum Bau einer 3-Feld-Sporthalle am Standort „Steg“  
Vorlage: VI/2015/00919
- 6.16 Nachmeldungen zum Maßnahmeplan der Stadt Halle vom 11.09.2013 für Investitionen nach dem Hochwasser 2013 und  
Beschluss zur Höhe und Veränderung der Schadensmeldung von Fördermitteln nach der Richtlinie Hochwasser des Landes Sachsen-Anhalt zur Schadensbeseitigung bei der Infrastruktur der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/00955
- 6.17 Änderungen des Gesellschaftsvertrages der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle  
Vorlage: VI/2015/01015
7. Wiedervorlage
- 7.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines IT Infrastrukturkonzeptes für die IT Landschaft an haleschen Schulen.  
Vorlage: VI/2015/00667
- 7.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) - Richtlinie zur einheitlichen Gestaltung von Radverkehrsanlagen  
Vorlage: V/2014/12602
- 7.3 *Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Prüfung der Einführung einer Krankenversichertenkarte für Asylsuchende*  
Vorlage: VI/2015/00785 vertagt
- 7.4 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der CDU/FDP - Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Verwendung der Ruherechtsentschädigung zum Abbau des Investitionsstaus an Friedhöfen  
Vorlage: VI/2015/00610
- 7.5 Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum Schulbesuch von Geschwisterkindern aus dem Saalekreis  
Vorlage: VI/2015/00762
- 7.6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines Rahmenplans für das Gebiet am Steg  
Vorlage: VI/2015/00603
- 7.7 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Halle*  
Vorlage: VI/2015/00801 vertagt
- 7.7.1 *Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Halle*  
Vorlage: VI/2015/00929 vertagt
- 7.8 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erhöhung des Frauenanteils in den Aufsichtsgremien städtischer Unternehmen*  
Vorlage: VI/2015/00863 vertagt

- 7.9 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Ausführung der Straßenreinigung in Wohngebieten  
Vorlage: VI/2015/00694
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1 Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Öffnung des Mühlgrabens für den Wassersport im Rahmen der Umsetzung des Wassertourismuskonzeptes  
Vorlage: VI/2015/00954
- 8.2 Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Erweiterung des gastronomischen Angebotes auf der Peißnitz - (Saalestrand - Mündung Riveufer/ Mühlgraben)  
Vorlage: VI/2015/00956
- 8.3 Antrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU/FDP-Stadtratsfraktion) zur Aufstellung von Schließfachschränken an halleschen Schulen  
Vorlage: VI/2015/00951
- 8.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung des Flächennutzungsplanes im Gebiet um die ehemalige Eissporthalle  
Vorlage: VI/2015/00948
- 8.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur personellen Erweiterung der Trägerversammlung des Jobcenters  
Vorlage: VI/2015/00950
- 8.6 Antrag der Fraktion DIE LINKE/DIE PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung eines "Welcome Centers"  
Vorlage: VI/2015/00971
- 8.6.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung eines "Welcome Centers"  
Vorlage: VI/2015/01024
- 8.7 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Prüfung der Errichtung von Bewegungsparks für alle Generationen  
Vorlage: VI/2015/00965
- 8.8 Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE/Die PARTEI und SPD-Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) zum Ausschuss für Personalangelegenheiten  
Vorlage: VI/2015/00966
- 8.9 Antrag des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zur Prüfung einer kombinierten Jahreskarte Zoo  
Vorlage: VI/2015/00967
- 8.10 Antrag der Stadträtin Regina Schöps (NEUES FORUM) zur Prüfung eintrittsfreier Zeiten in Museen der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/00968

- 8.11 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Neubesetzung von Ausschüssen  
Vorlage: VI/2015/01016
- 8.12 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Wahl eines Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss  
Vorlage: VI/2015/01017
- 8.13 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbesetzung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Halle GmbH  
Vorlage: VI/2015/01018
- 8.14 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbesetzung des Verwaltungsrates der Saalesparkasse  
Vorlage: VI/2015/01019
- 8.15 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Sportausschuss  
Vorlage: VI/2015/01021
9. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9.1 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum Stellenplan  
Vorlage: VI/2015/00886
- 9.2 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Stadtratsfraktion) zur möglichen Erhöhung der Kitagebühren  
Vorlage: VI/2015/00672
- 9.3 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Stadtratsfraktion) zur Unterhaltung von Wartehäuschen  
Vorlage: VI/2015/00875
- 9.4 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Stadtratsfraktion) zur Umsetzung des Brandschutzbedarfsplanes  
Vorlage: VI/2015/00952
- 9.5 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/ Die PARTEI zur Tätigkeit der Schiedsstellen  
Vorlage: VI/2015/00943
- 9.6 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/ Die PARTEI zum Umgang mit gewerblichen Brach- und Erschließungsflächen  
Vorlage: VI/2015/00944
- 9.7 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/ Die PARTEI zur Verkehrssituation in der halleschen Altstadt  
Vorlage: VI/2015/00961
- 9.8 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Bildungsangebot in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/00869



- 9.9 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum 25. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung  
Vorlage: VI/2015/00878
- 9.10 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Zuweisung von Flüchtlingskindern an Schulen im Stadtgebiet  
Vorlage: VI/2015/00958
- 9.11 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur sozialen Wohnraumversorgung in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/00959
- 9.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Radverkehr in der Bernburger Straße  
Vorlage: VI/2015/00872
- 9.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Spielhallen  
Vorlage: VI/2015/00960
- 9.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Einsatz von Pestiziden  
Vorlage: VI/2015/00962
- 9.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einrichtung von Fußgängerüberwegen  
Vorlage: VI/2015/00963
- 9.16 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Bewerbung und Vermarktung des Roten Turms und Stadtmuseums  
Vorlage: VI/2015/00858
- 9.17 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Sicherheit von Eingangstüren an Grundschulen  
Vorlage: VI/2015/00859
- 9.18 Anfrage der Stadträtin Regina Schöps (NEUES FORUM) zum Stand der Vereinbarungen nach § 11a des KiFöG  
Vorlage: VI/2015/00969
- 9.19 Anfrage der Stadträtin Regina Schöps (NEUES FORUM) zur kommunalen Beteiligung der Stadt Halle an Entscheidungen zu Mobilfunksendeanlagen seit August 2013  
Vorlage: VI/2015/00970
- 10. Mitteilungen
- 10.1 Altersarmutsbericht 2014 der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/00699
- 10.2 Standards LQE Kita
- 11. mündliche Anfragen von Stadträten
- 12. Anregungen
- 13. Anträge auf Akteneinsicht

Wie bei der Feststellung der Tagesordnung abgestimmt, wurde der Tagesordnungspunkt 6.1 vorgezogen.

**zu 6.1 Bestellung eines Protokollführers sowie einer stellvertretenden Protokollführerin**  
**Vorlage: VI/2015/00949**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat widerruft das Einvernehmen für:  
Frau Anja Schneider als Protokollführerin,  
Frau Kirsten Sommer als stellvertretende Protokollführerin des Stadtrates.
2. Der Stadtrat erteilt sein Einvernehmen zur Bestellung für:  
Herrn Maik Stehle als Protokollführer,  
Frau Katrin Flint als stellvertretende Protokollführerin des Stadtrates.

**zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 27.05.2015**

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 10. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 27.05.2015.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt**

**zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

**zu 4.1 Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung des Stadtrates vom 27.05.2015 gefassten Beschlusses**  
**Vorlage: VI/2015/00938**

---

In der nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 27.05.2015 wurde folgender Beschluss gefasst:

**Rechtsstreit mit dem Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt wegen  
7. Änderungsbescheid BV Ausbau Delitzscher Straße in Halle (Saale)**

## **Beschluss:**

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, das vor dem Verwaltungsgericht Halle anhängige Klageverfahren gegen den 7. Änderungsbescheid des Landesverwaltungsamtes Sachsen-Anhalt vom 26.03.2015 für das Investitionsvorhaben Ausbau Delitzscher Straße in Halle (Saale), Vorhaben-Nr.: 20-2020105E, weiter zu betreiben.

## **zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters**

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** berichtete über ein in der Stadt Halle durchgeführtes Immobiliengespräch zur Entwicklung des Riebeckplatzes. Dort wurde deutlich gemacht, dass das Immobiliengeschäft zum jetzigen Zeitpunkt stark ansteige und die Investoren von der Stadt bebaubare Flächen erwarten. Die Ausweisung solcher Flächen sei gemeinsame Aufgabe von Stadtrat und Verwaltung.

Zu den interessanten Flächen gehöre unter anderem der Riebeckplatz, der gemeinsam zu bearbeiten sei, um am Immobilienmarkt für die Stadt tätig zu werden. Durch die Investoren werde eine sofortige Bebaubarkeit erwartet.

Zum Aufstellungsbeschluss führte er aus, dass man sich in den Vorbesprechungen darauf verständigt habe, das Verwaltungsgebäude herauszunehmen und dafür ein Bürogebäude mit einer Ausklammerung der Geschosse aufzunehmen. Diese Änderung liege jetzt vor.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** zitierte aus der Stellungnahme der HWG zum Aufstellungsbeschluss: „Die HWG möchte ihre Investitionstätigkeit im Quartier fortsetzen und auch künftig durch bauliche Aktivitäten am Riebeckplatz und in seinem unmittelbaren Umkreis zur Steigerung der städtebaulichen und architektonischen Qualität an Halles Stadteingang beitragen. Der B-Plan wird dies erleichtern und beschleunigen. Die im B-Plan definierten Parameter zu Art, Maß und Umfang der baulichen Nutzung garantieren Planungssicherheit und werten damit die HWG-Flächen auf.“

Anhand einer Folie stellte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** die im Leitplan dargestellten Flächen rund um den Riebeckplatz vor.

Zum Gimritzer Damm teilte er mit, dass am morgigen Tag beim Minister für Landwirtschaft und Umwelt, Herrn Aeikens, ein Gespräch mit den Bürgerinitiativen und dem Oberbürgermeister stattfinden wird.

Aufgrund der Möglichkeit des Abrisses der Eissporthalle wolle die Stadt die Bedingungen des Heimfalles in naher Zukunft auslösen. Danach stünde das Gebiet für eine mögliche Kompromisslösung zur Verfügung.

In Bezug auf das Stadtmarketing informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** darüber, dass die Beschlussfassung zur Einrichtung eines Beirates auf der Tagesordnung der Gesellschafterversammlung am 25.09.2015 steht.

Des Weiteren erläuterte er die Flächenvermarktung der Stadt mit dem Hinweis, dass bebaubare Flächen innerhalb des Stadtgebietes derzeit kaum aufzuweisen sind. Bis auf den Starpark könne man keine weitere Fläche anbieten, mögliche Investoren suchen sich andere Flächen außerhalb der Stadt.

Nach der Sommerpause werde die Verwaltung mögliche Flächen und Vorstellungen zu Flächenentwicklungen im Stadtrat vorstellen.

Zum zentralen Ansprechpartner im Dienstleistungszentrum Wirtschaft und Wissenschaft wies **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** darauf hin, dass das Dienstleistungszentrum auf Standortanfragen in maximal drei Arbeitstagen ein qualifiziertes Angebot unterbreite.

Mit Blick auf das Unternehmen ebay enterprice informierte er über die bereits erfolgte Inbetriebnahme. Die Eröffnungsveranstaltung dazu werde im Herbst 2015 stattfinden.

Zum Heimfall der alten Eissporthalle berichtete **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über die Unterstützung des Insolvenzverwalters des Eissporthallenvereins durch die Stadt. Die Sicherungsmaßnahmen sind bereits komplett von der Stadt übernommen worden.

Abschließend stellte er das Projekt Zukunftsstadt „halle.neu.stadt 2050“ vor. Das Projekt, das die Entwicklungspotentiale Halle-Neustadts aufzeigen soll, wird mit Bundesmitteln gefördert. Zu den Gesprächen der Zukunftskonferenz werden auch die Stadträtinnen und Stadträte eingeladen.

In Bezug auf die Europäische Metropolregion Mitteldeutschland wies **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** darauf hin, dass am Samstag in der Stadt Jena eine Demonstration von Nazis angemeldet wurde. Er lud dazu ein, sich am Samstag an der Gegendemonstration in der Stadt Jena zu beteiligen.

Ausgehend von den einzelnen Landesprogrammen zur Arbeitsmarktförderung in Sachsen-Anhalt sei man dabei, für die Stadt ein Arbeitskonzept zu erstellen.

In einer Präsentation stellte er die einzelnen Maßnahmen vor, die vom Land derzeit in einzelnen Förderbereichen angeboten werden. Es soll nunmehr eine einheitliche Arbeitsmarktstrategie der Stadt erarbeitet und als Vorlage in den Stadtrat eingebracht werden. Im zweiten Halbjahr 2015 soll dazu eine Entscheidung getroffen werden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** machte mit Hilfe einer weiteren Folie die Schwerpunktsetzung in der Stadt mit den Bereichen Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft deutlich.

## **zu 6            Beschlussvorlagen**

---

### **zu 6.1        Bestellung eines Protokollführers sowie einer stellvertretenden Protokollführerin Vorlage: VI/2015/00949**

---

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach dem TOP 2 behandelt.

**zu 6.3 Änderung der Gebührensatzung für den Rettungsdienstbereich  
Halle/Nördlicher Saalekreis  
Vorlage: VI/2015/00826**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die 5. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für den Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis vom 24.06.2015.

**zu 6.4 Wirtschaftsplan 2015/2016 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle  
Vorlage: VI/2015/00898**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Oberbürgermeister als gesetzlicher Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle folgenden Beschluss zu fassen:

**Der Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für das Geschäftsjahr vom 1. August 2015 bis zum 31. Juli 2016 wird beschlossen.**

**zu 6.5 Festlegung des Wahltages für den Beigeordneten/die Beigeordnete für  
Bildung und Soziales  
Vorlage: VI/2015/00820**

---

**zu 6.5.1 Änderungsantrag der CDU/FDP Fraktion zur Vorlage: Festlegung des  
Wahltages für den Beigeordneten/die Beigeordnete für Bildung und  
Soziales - VI/2015/00820  
Vorlage: VI/2015/01010**

---

**Herr Bürgermeister Geier** informierte darüber, dass der geänderte Zeitplan jetzt vorliegt und im System Session eingestellt wurde.

Es wird vorgeschlagen, die Ausschreibungsbekanntmachung am 30.06.2015 vorzunehmen. Die Bewerbungsfrist laufe dann vom 30.06. bis zum 04.09.2015. Im Nachgang erfolgt die Bewerbererfassung und Vorbereitung der Anhörung möglicher Kandidaten in der Zeit bis zum 16.09.2015. Vom 17.09. bis 23.09.2015 sei die Einsichtnahme durch die Fraktionen möglich und dann erfolgt der Gremienlauf.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, machte darauf aufmerksam, dass er davon ausgehe, dass die Verwaltung die Anregung aufgenommen habe, den 26.09.2015 als möglichen Termin für eine erste Sondersitzung Hauptausschuss bzw. Findungskommission festzulegen.

Die Aussage von Herrn Krause wurde durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bestätigt.

**Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, verwies darauf, dass zwar die Veröffentlichung der Ausschreibung zwei Monate früher erfolgen soll, aber das Ende der Bewerbungsfrist nur eine Woche nach vorn geschoben worden ist.

Mit der Änderung der Terminkette habe man erreichen wollen, mehr Zeit für die Sichtung der Bewerbungsunterlagen zu erhalten. Er könne das Ende der Ausschreibungsfrist zum 04.09.2015 nicht nachvollziehen. Seiner Ansicht nach wäre der 20. August auch möglich gewesen und ab 01.09. hätte eine Akteneinsichtnahme der Fraktionen stattfinden können.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** machte deutlich, dass die aufgeführte Terminkette so im Hauptausschuss besprochen wurde. Die Verwaltung hätte jedoch auch kein Problem mit einer weiteren Änderung, sollte dem Vorschlag von Herrn Bönisch zugestimmt werden.

**Herr Krause** machte deutlich, dass bei den bisherigen Sondersitzungen des Hauptausschusses in der Regel acht Kandidaten an einem Samstag eingeladen worden sind. Mit der ursprünglichen Zeitschiene wären nur zwei Samstage möglich gewesen, der 03.10. und der 10.10. Bei eventuellen Problemen in der Bewerberauswahl hätte man keinen Spielraum gehabt.

Aus diesem Grund hatte er vorgeschlagen, die Zeitschiene ab Ende der Ausschreibung bis Ende der Sichtung durch die Fraktionen so zu gestalten, dass der 26.09. als offener Samstag für eine eventuelle Sondersitzung genutzt werden kann.

Die Verwaltung folgte dem Vorschlag und man hätte jetzt die Möglichkeit, Sondersitzungen zur Anhörung der Kandidaten an drei Samstagen durchzuführen.

**Herr Bönisch** regte noch einmal an, mehr Zeit für die Vorbereitung der Kandidatenauswahl einzuplanen. Wenn am 26.09. schon eine Sondersitzung stattfinden soll, hätten die Fraktionen maximal einen Sitzungstermin zur Vorbereitung auf die Bewerbergespräche. Er halte dies für zu wenig.

Er bat darum, schon früher in die Akten Einsicht nehmen zu können. Eine Ausschreibungsdauer von sechs Wochen reiche völlig aus.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte eine Abstimmung der Terminkette mit dem Vorschlag von Herrn Bönisch zur längeren Einsichtnahme in die Bewerberakten zu.

Auf Nachfrage von **Herrn Lange** wurde der Änderungsantrag vom Antragsteller für erledigt erklärt.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung.

**zu 6.5.1 Änderungsantrag der CDU/FDP Fraktion zur Vorlage: Festlegung des Wahltages für den Beigeordneten/die Beigeordnete für Bildung und Soziales - VI/2015/00820  
Vorlage: VI/2015/01010**

---

**Abstimmungsergebnis:** erledigt  
durch Antragsteller

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschreibungstext der Stellenausschreibung Beigeordnete/r für den Geschäftsbereich Bildung und Soziales wird wie folgt geändert:

Gesucht wird eine zielstrebige, verantwortungsbewusste und kommunikative Persönlichkeit mit:

- einem abgeschlossenen sozial- oder geisteswissenschaftlichen Studium;

**Hochschulstudium (Hochschulen gemäß § 1 Hochschulrahmengesetz)**

**zu 6.5 Festlegung des Wahltages für den Beigeordneten/die Beigeordnete für Bildung und Soziales  
Vorlage: VI/2015/00820**

---

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

- 1.) Der Tag der Wahl für den Beigeordneten/die Beigeordnete für Bildung und Soziales wird auf den 28.10.2015 festgelegt.
- 2.) Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die Stellenausschreibung und den Wahltag öffentlich bekannt zu machen.

**zu 6.6 Bebauungsplan Nr. 159 „Stadteingang Riebeckplatz“ – Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: VI/2014/00245**

---

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, machte darauf aufmerksam, dass in der Begründung zur Vorlage dargestellt wird, dass ein Baukörper als Büroflächen mit 400 bis 600 Mitarbeitern geplant sei. Damit werde bei der geplanten Fläche ein Hochhaus vorausgesetzt. An anderer Stelle wurde diese Formulierung gestrichen.

**Herr Dr. Meerheim** bat darum, die Anzahl der Festlegung der Mitarbeiter aus der Begründung herauszunehmen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** entschuldigte sich für das redaktionelle Versehen. Die von Herrn Dr. Meerheim angemerkte Formulierung werde umgehend gestrichen.

Zu den Intentionen des Bebauungsplanes erklärte **Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, dass klar erkennbar sei, dass die Verwaltung das Ziel verfolge, an dieser Stelle ein Verwaltungsneubau für die Stadtverwaltung zu errichten.

Auch könne er die Aussage des Oberbürgermeisters in seinem Bericht bezüglich der gewünschten Planungssicherheit durch die HWG nicht nachvollziehen. Ein solcher Wunsch sei ihm bisher nicht bekannt gewesen. Seiner Ansicht nach sei der Bau eines Hochhauses an dieser Stelle nicht die Intention der HWG, sondern der Auftrag der Stadtverwaltung an die HWG gewesen.

Des Weiteren machte er klar, dass es nicht darum geht, die Investorenfreundlichkeit der Stadt aufzuzeigen. Es gäbe durchaus Interessenten für den Riebeckplatz, die sich aber nicht genau auf dem ausgewiesenen Planquadrat ansiedeln wollen. Von daher müsse ein erster B-Plan genau für diese Stellen aufgestellt werden, damit dieser Investor, der sich dort ansiedeln will, zuerst Planfreiheit hat.

Seine Fraktion werde der Vorlage nicht zustimmen, da die Plausibilität für einen neuen Verwaltungsstandort für die Stadtverwaltung Halle noch nicht geklärt ist und noch viele Fragen offen sind. Man sehe keinen Grund, genau an dieser, von der Verwaltung vorgeschlagenen Stelle, einen B-Plan aufzustellen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** erklärte, dass es beim Riebeckplatz um eine bestmögliche Lösung für die Stadt geht und ein Zeichen für Veränderungen gesetzt werden muss.

Er habe auch kein Problem damit, einen anderen Verwaltungsstandort zu bestimmen. Aus diesem Grund wurde die Formulierung aus der Begründung zum B-Plan herausgenommen. Es sollte aber nach außen dokumentiert und dafür gekämpft werden, dass der Riebeckplatz eine Aufwertung bekommt, da er ein Aushängeschild für die Stadt darstellt.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um eine namentliche Abstimmung des Beschlusses.

Durch **Herrn Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, wurde darauf hingewiesen, dass ein Bebauungsplan mit seinen Inhalten auch gegen die Interessen eines möglichen Investors aufgestellt werden könne und die Investition sich deshalb verzögert, weil der Bebauungsplan dann noch einmal angepasst werden muss.

Die Feststellung eines B-Planes ohne einen konkreten Investor könne nicht mit Sicherheit vorteilhaft sein.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** machte deutlich, dass ein B-Plan die Chance einräumt, in dem angeführten Raum zu bauen, aber auch Ausnahmen möglich macht. Die Investoren, die sehr schnell bauen wollen, erwarten eine Baureife für das Grundstück, die momentan nicht gegeben ist.

Man könne zwar einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan entwickeln, dies würde mindestens ein bis zwei Jahre dauern. Eine schnelle Investition sei dann jedoch nicht möglich.



Auf die Nachfrage von **Herrn Bönisch**, wie hinderlich es wäre, wenn ein Investor dort bauen will und es liegt noch kein B-Plan vor, teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass die Erforderlichkeit eines B-Planes vom Stadtrat festgelegt und bestätigt wurde. Sollte kein B-Plan gewünscht sein, könne auch eine Baugenehmigung im Rahmen des § 34 BauGB erteilt werden.

Beim Riebeckplatz gehe es aber darum, einen ganzen Komplex anders zu gestalten, was mit dem Leitbild beschlossen wurde. Dazu sei ein B-Plan zu empfehlen.

Abschließend verwies er darauf, dass er einer verbindlichen Erklärung durch den Stadtrat gegen eine B-Planaufstellung und der Erteilung einer Baugenehmigung im Rahmen § 34 BauGB zustimmen könne.

Laut der Aussage von **Herrn Krause, SPD-Fraktion**, würde seine Fraktion der Vorlage zwar zustimmen, er fragte aber, ob schon eine konkrete Anfrage eines Investors vorliege. Des Weiteren gehe er davon aus, dass bei einer geplanten Bebauung der Stadtrat wieder mit diesem Thema befasst werde.

Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde dazu mitgeteilt, dass der Investor, welcher Interesse an dem Standort angezeigt hatte, nicht die gewünschten Voraussetzungen vorgefunden hat und deshalb einen anderen Standort innerhalb der Stadt bevorzugt habe. Weitere Informationen könne er dazu nicht geben.

**Herr Doege, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, bezog sich auf Ziffer 7 der Begründung zu den finanziellen Auswirkungen, wo als Investor noch die HWG benannt sei. Da Herr Oberbürgermeister in seinen Ausführungen erwähnte, dass die HWG sich dort baulich nicht engagieren wird, fragte er an, ob die Vorlage angepasst werden müsse.

Die Anfrage von Herrn Doege wurde durch **Herrn Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, dahingehend beantwortet, dass es ein klares Interesse des Grundstückseigentümers, der HWG, auf die Planung gäbe.

Auch gehe er davon aus, dass die HWG mit entsprechender Entwicklung des Grundstückes ein Modus finden wird, mit einem Investor das Thema zu klären.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, sprach sich gegen einen Bebauungsplan aus. Es gäbe keinen Investor mehr und keinen Auftrag an die HWG, was eine Beschlussfassung nicht notwendig mache.

Wichtig sei zwar die Beplanung des Riebeckplatzes, wie im Leitbild festgelegt. Die vorgelegte Variante der Verwaltung mit einem allgemeinen B-Plan für einen bestimmten Bereich des Riebeckplatzes ohne Zielstellung halte er aber für nicht erforderlich. Es liege auch keine sachliche und fachliche Dringlichkeit vor.

Seine Fraktion wünsche sich die Beauftragung einer Planung für den gesamten Riebeckplatz und keine Teilplanung. Aus diesem Grund könne der Vorlage durch seine Fraktion nicht zugestimmt werden.

**Herr Feigl** stimmte den Ausführungen von Herrn Wolter zu und fragte nach, für welche konkrete Nutzung der Bebauungsplan vorgesehen ist, da es seiner Meinung nach keinen Sinn mache, auf Vorrat einen B-Plan zu beschließen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** machte darauf aufmerksam, dass er die Auffassung von Herrn Feigl nicht nachvollziehen könne. Einen B-Plan nur zu beschließen, wenn es einen Investor gäbe, sei baurechtlich nicht zu halten.

Auch **Herr Dr. Meerheim** hielt die Aussage von Herrn Feigl für nicht gerechtfertigt. Bisher gehe es nur darum, Baurecht und Planungsrecht zu schaffen. Ebenso wurde im Verlauf der Diskussion erreicht, dass die Verwaltung dem Stadtrat Vorschläge unterbreitet.

Er sprach sich dafür aus, Baurecht für ein städtisches Tochterunternehmen zu schaffen. Bei Nichterteilung des Baurechtes an dieser Stelle wäre dauerhaft eine Entwertung des Vermögens möglich, was sich negativ auf die Entwicklung des Unternehmens auswirkt.

**Herr Dr. Meerheim** bat um Zustimmung zur Schaffung des Baurechtes. Danach hätte man die Möglichkeit, im Rahmen des B-Planverfahrens auf die gewünschten Qualitäten an dieser Stelle einzuwirken.

Des Weiteren merkte er an, dass es laut Auskunft des Oberbürgermeisters im Fachausschuss bisher noch keinen Investor auf das Grundstück gab.

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, machte darauf aufmerksam, dass schon mit dem Beschluss zum Leitbild Riebeckplatz durch den Stadtrat ein Zeichen gesetzt wurde.

Losgelöst von der Gesamtbeplanung, einen B-Plan für einen einzelnen Abschnitt aufzustellen, sei für ihn nicht schlüssig. Er fragte an, weshalb nicht ein B-Plan für das gesamte Areal entsprechend dem Leitbild aufgestellt werde.

Die Begründung für den einen Teilbereich halte er nur für nachvollziehbar, wenn es schon einen Investor gäbe, der sofort bauen möchte, was jedoch nicht der Fall sei.

Aus diesem Grund sprach er sich dafür aus, einen B-Plan für das Gesamtgebiet aufzustellen.

Dem vorliegenden Beschluss könne er deshalb nicht zustimmen.

Durch **Herrn Beigeordneten Stäglin** wurde noch einmal auf den Beschluss des Leitbildes und die Rahmenplanung zur Bearbeitung weiterer Themen hingewiesen.

Für die konkreten Projekte werden einzelne Bebauungspläne gebraucht, um schnell reagieren zu können. Einen Bebauungsplan über den gesamten Riebeckplatz aufzustellen, sei zu komplex. Auch sei mit einem Aufstellungsbeschluss noch keine Festsetzung verbunden.

**Herr Wolter** bedankte sich für die Erläuterungen von Herrn Stäglin, welche jedoch die Auffassungen seiner Fraktion nicht änderten. Seiner Ansicht nach sei gerade aufgrund der Komplexität eine Gesamtplanung erforderlich.

Des Weiteren verwies er darauf, dass von der Verwaltung im vorliegenden Aufstellungsbeschluss keine Zielstellung definiert wurde.

**Herr Beigeordneter Stäglin** wies darauf hin, dass das Auflegen eines Bebauungsplanes für den gesamten Geltungsbereich des Riebeckplatzes schwierig sei, da dann der Umgang mit den verschiedenen Verkehrsflächen geklärt werden müsse.

Der Rahmenplan bilde das Instrument, grundlegende Fragen für die Gesamtentwicklung zu betrachten und sich dann aus der spezifischen Fragestellung den entsprechenden Quadranten anzusehen.

Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion wurde durch **Herrn Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, eine fünfminütige Auszeit angekündigt.

**Herr Lange** bat zunächst um Abstimmung des Antrages von Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand auf namentliche Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**                      **abgelehnt**  
**1/5 Mehrheit nicht erreicht**

Damit erfolgte keine namentliche Abstimmung.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Lange** bat zum TOP 6.6 um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**                      **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss (in geänderter Form/Text):**

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs.1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 159 „Stadteingang Riebeckplatz“ aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 1 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen mit einer Größe von etwa 0,8 ha.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung benannten Planungsziele.
4. Das Planverfahren soll im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt werden.

**zu 6.7      Bebauungsplan Nr. 162 „Dölau, Wohngebiet am Heideweg“ - Beschluss zur öffentlichen Auslegung**  
**Vorlage: VI/2014/00265**

---

**Frau Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, sprach sich gegen den Bebauungsplan aus.

Sie begründete es damit, dass mit der Hinterlandbebauung eine zweite Reihe von Häusern entsteht, die Oberflächenwasserproblematik nicht geklärt sei und die Bauweise an einen Plattenbau erinnert, was für den Standort völlig ortsuntypisch sei. Auch die Größe des Grundstückes halte sie für zu klein für die vorgesehene Bebauung.

Des Weiteren wies sie darauf hin, dass eine Regelung bezüglich des Hechtgrabens gefunden werden muss.

Sie bat um Ablehnung der Auslegung des Bebauungsplanes.

**Abstimmungsergebnis:**                      **mehrheitlich zugestimmt**

### **Beschluss:**

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 162 „Dörlau, Wohngebiet am Heideweg“ in der Fassung vom 16.03.2015 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht in gleicher Fassung.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 162 „Dörlau, Wohngebiet am Heideweg“ in der Fassung vom 16.03.2015 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht in gleicher Fassung, sind öffentlich auszulegen.

### **zu 6.8 Einziehung von Teilflächen der Dorotheenstraße und der Leipziger Straße Vorlage: VI/2015/00575**

---

**Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, bat darum, dass zukünftig innerhalb des Konzerns Stadt im Vorfeld frühzeitig, offen und ergebnis- und kompromissorientiert miteinander geredet wird.

Den Ausführungen von Herrn Scholtyssek wurde durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

### **Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt, dass Teilflächen der Dorotheenstraße und der Leipziger Straße gemäß § 8 Abs. 2 Straßengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (StrG LSA) eingezogen werden.
2. Die Stadtverwaltung veranlasst die Antragstellung auf Zustimmung der Straßenaufsichtsbehörde sowie die öffentliche Bekanntmachung der Einziehungsverfügung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale).

### **zu 6.9 Stadtbahnprogramm Halle, Merseburger Straße Nord – Gestaltungsbeschluss Vorlage: VI/2015/00584**

---

#### **zu 6.9.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur Vorlage "Stadtbahnprogramm Halle, Merseburger Straße Nord - Gestaltungsbeschluss" - VI/2015/00584 Vorlage: VI/2015/01022**

---

**Herr Bernstiel, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, machte deutlich, dass es bei dem Antrag nicht mehr um Sachargumente, sondern den politischen Willen und eine Prioritätensetzung geht. Beides werde jedoch in der jetzigen Form der Vorlage vermisst.

Bezugnehmend auf die überbreite Fahrbahn erklärte er, dass dadurch die größte Gruppe der Verkehrsteilnehmer, die Autofahrer, benachteiligt werde.

Er bat darum, dem Änderungsantrag seiner Fraktion zuzustimmen und nur an Engstellen einen gemeinsamen Fuß- und Radweg zu bauen.

Des Weiteren wies er darauf hin, dass mit dem Beschlusspunkt 3.) die Thematik des Rückbaus der Rechtsabbiegespur Franckestraße/Merseburger Straße aus der Beschlussvorlage herausgekoppelt werden soll, um weitere Diskussionen, auch zu den finanziellen Auswirkungen, führen zu können.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, stellte im Namen seiner Fraktion den Antrag auf Abstimmung der Einzelpunkte des Beschlussvorschlages der CDU/FDP-Stadtratsfraktion.

Seine Fraktion halte den Beschlusspunkt 3.) für zustimmungswürdig.

Jedoch sei der Beschlusspunkt 1.) aus Sicht seiner Fraktion nicht verhandelbar, da der Grundsatzbeschluss zur Vierspurigkeit der Merseburger Straße erhalten bleibt. Sowohl im Planungsausschuss und auch darüber hinaus wurde klar dargelegt, dass die Verwaltung auf dem bezeichneten Abschnitt eine Ankündigung der Regelung durch Verkehrszeichen so installieren wird, dass die überbreite Fahrspur für den Autofahrer und den Verkehrsteilnehmer deutlich sichtbar wird.

Seine Fraktion würde dem Beschlusspunkt 3.) zustimmen. Die Punkte 1.) und 2.) werden abgelehnt.

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, stimmte ebenfalls dem Punkt 3.) zu.

In Bezug auf die Punkte 1.) und 2.) verwies er darauf, dass bei der Beschlussfassung der durchgängigen Vierspurigkeit der Merseburger Straße der Wunsch und nicht die Realität die treibende Kraft war.

Es gäbe in der Merseburger Straße mehrere Engstellen, welche angenommen werden müssen. Dazu wurde ein guter Kompromiss gefunden, in welchem die Leistungsfähigkeit des Teilabschnittes auch weiterhin gewährleistet ist und alle Verkehrsteilnehmer berücksichtigt worden sind.

Seine Fraktion könne der Vorlage der Verwaltung zustimmen.

**Herrn Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, machte darauf aufmerksam, dass in der vergangenen Woche eine Zusammenfassung der rechtlichen Würdigung erbeten wurde, da der Eindruck entstanden war, dass die durchgängige Vierspurigkeit rechtlich nicht anders möglich wäre.

In der jetzt vorliegenden Anmerkung der Verwaltung lasse sich jedoch kein Argument dazu finden, außer dem Hinweis auf die Straßenbaulast § 9 Straßengesetz LSA. **Herr Bönisch** zitierte: „Dabei sind die sonstigen öffentlichen Belange, insbesondere des Fußgänger-, Radfahr- und Behindertenverkehrs sowie des öffentlichen Personennahverkehrs einschließlich des Umwelt- und Naturschutzes zu berücksichtigen.“

Er stimmte der Aussage zu, es müssten jedoch auch die Belange des Autoverkehrs berücksichtigt werden.

Bezüglich des Radverkehrs wies er darauf hin, dass es am Beispiel der Volkmannstraße möglich sei, den Radverkehr auf andere Straßen umzuleiten.

Auch der Hinweis auf eine Verwaltungsvorschrift mit dem Inhalt im § 2, dass hinsichtlich der Gestaltung von Radverkehrsanlagen auf die Empfehlungen für Radverkehrsanlagen der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen in der jeweils gültigen Fassung hingewiesen wird, halte er nicht für umsetzbar, da keine Verbindlichkeit besteht.

Abschließend machte **Herr Bönisch** deutlich, dass keine weitere Verbreiterung der Straße gewollt ist, sondern der aktuelle Zustand beibehalten werden soll. Dazu müsse jetzt eine politische Entscheidung gefällt werden.

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, machte deutlich, dass man sich mit der Realität in der Stadt abfinden müsse und bestimmte Querschnitte und Anforderungen keine Vierspurigkeit mehr zulassen. Es sei genügend Platz für alle Verkehrsteilnehmer zu schaffen.

Man sollte sich dazu bekennen, separate Fußwege und separate Radwege zu bauen und die restliche Fläche für den Autoverkehr vorzuhalten.

**Frau Dr. Schöps, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, fragte nach der Führung des Radweges vom Riebeckplatz vor dem Maritim in Richtung Süden. Sie halte die vorgesehene Radwegeführung für problematisch.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, stellte noch einmal kurz die Berechnungsgrundlage für die Verkehrsführung in der Merseburger Straße dar.

In Bezug auf die Ausführungen von Herrn Bönisch und die Anfragen der CDU/FDP-Stadtratsfraktion merkte er an, dass die Verwaltung in ihrer Stellungnahme die Grundlagen der Planung einer Straße ausgeführt habe.

Bei der Frage der Verkehrsmenge müsse berücksichtigt werden, dass gleichrangige Beschlüsse des Rates vorliegen, welche zu betrachten sind. Dabei geht es um die Vierspurigkeit der Merseburger Straße und die Radverkehrskonzeption.

Ziel des Gestaltungsbeschlusses ist die Verlagerung der Verkehrsmengen vom Riebeckplatz in Richtung Leipzig, durch die Möglichkeit der Linksabiegung in die Rudolf-Weise-Straße.

Bei der Frage der Verkehrsmengen müssen aber auch die anderen Verkehrsteilnehmer, wie Fußgänger und Radfahrer, berücksichtigt werden. Es gibt eine Hauptroute des Radverkehrs mit einem hohen Radverkehrsanteil und es müsse eine stadtpolitische Entscheidung dahingehend getroffen werden, wie die Stadt sich verkehrspolitisch in Zukunft im Sinne der Förderung des Umweltverbundes aufstellen will.

Bezüglich der Anfrage von Frau Dr. Schöps erläuterte **Herr Beigeordneter Stäglin**, dass es an der Bushaltestelle eine Unterbrechung des Radfahrstreifens gäbe, weil dieser bis zur Bushaltestelle geführt wird. Wenn dort kein Bus hält, könne der Radfahrer an diesem Abschnitt weiterfahren, ansonsten müsse hinter dem Bus gewartet werden.

Bei der Ausfahrt am Maritim gäbe es klare Regelungen zur Verkehrsführung und Vorfahrtsbeachtung und es lägen optimale Sichtbeziehungen vor. Mit dem Gestaltungsbeschluss habe man eine sichere Führung gefunden, weil der Radfahrer klar in Sicht mit den anderen Verkehrsteilnehmern ist.

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fasste zusammen, dass eine von vielen Experten durchgerechnete Beschlussvorlage und Stellungnahmen von den verschiedenen Fraktionen, welche unterschiedliche Wertschätzung bestimmten Verkehrsteilnehmern gegenüber haben, vorliegen.

Damit gäbe es keinen weiteren Beratungsbedarf und die Vorlage sollte abgestimmt werden.

**Herr Bönisch** fragte nach, welche Folgen es habe, wenn die Turmstraße nicht mehr als Bundesstraße genutzt werde und ob die Baulast auf die Stadt übergeht.

Des Weiteren bat er die Verwaltung um eine klare Aussage dazu, ob es sich um eine politische Entscheidung handelt, die Straße für den Autoverkehr zu reduzieren.

Laut der Aussage von **Herrn Beigeordneten Stäglin** habe die Stadt jetzt schon die Straßenbaulastträgerschaft für die Turmstraße in der innerstädtischen Lage bei der Bundesstraße. Dementsprechend ändere sich daran nichts.

Er verwies weiter darauf, dass es nicht darum gehe, den Pkw-Verkehr zu begrenzen, sondern einen Kompromiss für die verschiedenen Verkehrsteilnehmer zu finden. Mit der vorliegenden Variante sei die Leistungsfähigkeit gegeben und bilde auch für den Wirtschaftsstandort eine gute Lösung. Die Abbiegebeziehung in Richtung Leipzig sei eine deutliche Verbesserung auch für den Wirtschaftsverkehr.

**Frau Plath, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, äußerte sich dahingehend, dass das Thema für ihre Fraktion eine politische Entscheidung darstellt.

Das Stadtbahnprogramm diene nicht dazu, einen zahlenmäßig überlegenen Verkehrsteilnehmer zu begünstigen, sondern sei eine Möglichkeit, eine zukunftsgerechte städtebauliche Maßnahme in Gang zu setzen.

Für ihre Fraktion bedeute das die Förderung der Attraktivität des Gebietes durch den Ausbau der Gehwege, der Radwege und vor allem des ÖPNV.

Ihre Fraktion lehne die Punkte 1.) und 2.) des Änderungsantrages ab. Dem Beschlusspunkt 3.) könne zugestimmt werden.

**Frau Dr. Schöps** frage noch einmal nach, ob erwogen worden ist, an der Stelle vor dem Maritim den Fahrradverkehr, getrennt von der Fahrbahn, entlangzuführen.

**Herr Beigeordneter Stäglin** machte den Vorschlag, einen Termin mit dem Radverkehrsbeauftragten zu organisieren, um Frau Dr. Schöps die Überlegungen zur Radverkehrsführung zu erläutern.

Zum Abschluss der Diskussion fasste **Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, zusammen, dass es sich um eine politische Entscheidung handelt. Die Diskussionen und Stellungnahmen der Verwaltung zeigten, dass keine fachlichen Zwänge vorliegen und die Anregungen der Stadträte nicht angenommen wurden.

Seine Fraktion könne der Vorlage nicht zustimmen.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wie von der SPD-Fraktion beantragt, bat **Herr Lange** um EinzelpunktAbstimmung des Änderungsantrages der CDU/FDP-Stadtratsfraktion.

zu 6.9.1 **Änderungsantrag der CDU/FDP Fraktion zur Vorlage "Stadtbahnprogramm Halle, Merseburger Straße Nord - Gestaltungsbeschluss" - VI/2015/00584**  
Vorlage: VI/2015/01022

---

**Abstimmungsergebnis:**

EinzelpunktAbstimmung

1. B.-Punkt: mehrheitlich abgelehnt
2. B.-Punkt: mehrheitlich abgelehnt
3. **B.-Punkt: mehrheitlich zugestimmt**

**Beschlussvorschlag:**

Die Vorzugsvariante der Vorplanung einschließlich der Gestaltungsprinzipien zum Ausbau der Merseburger Straße Nord wird bestätigt.

*Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt:*

**Bei der Umsetzung der Vorzugsvariante der Vorplanung einschließlich der Gestaltungsprinzipien zum Ausbau der Merseburger Straße Nord werden folgende Punkte berücksichtigt und umgesetzt:**

- 1.) *Erhalt der Vierspurigkeit der Merseburger Straße.*
- 2.) *An Engstellen wird ein gemeinsamer Fuß- und Radweg umgesetzt.*
- 3.) **Die Thematik des Rückbaus der Rechtsabbiegespur Franckestraße/ Merseburger Straße wird vom Gestaltungsbeschluss Stadtbahnprogramm Halle, Merseburger Straße Nord abgekoppelt. Hierzu soll eine gesonderte Beschlussfassung erfolgen.**

zu 6.9 **Stadtbahnprogramm Halle, Merseburger Straße Nord – Gestaltungsbeschluss**  
Vorlage: VI/2015/00584

---

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt

**geänderter Beschluss:**

Die Vorzugsvariante der Vorplanung einschließlich der Gestaltungsprinzipien zum Ausbau der Merseburger Straße Nord wird bestätigt.

**Bei der Umsetzung der Vorzugsvariante der Vorplanung einschließlich der Gestaltungsprinzipien zum Ausbau der Merseburger Straße Nord wird folgender Punkt berücksichtigt und umgesetzt:**

**Die Thematik des Rückbaus der Rechtsabbiegespur Franckestraße/ Merseburger Straße wird vom Gestaltungsbeschluss Stadtbahnprogramm Halle, Merseburger Straße Nord abgekoppelt. Hierzu soll eine gesonderte Beschlussfassung erfolgen.**



**zu 6.10    Bebauungsplan Nr. 24 Halle-Bruckdorf, Gewerbe-, Handels- und Dienstleistungszentrum, 1. Änderung - Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: VI/2015/00656**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:                    mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt, gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 24 "Halle-Bruckdorf, Gewerbe-, Handels- und Dienstleistungszentrum" 1. Änderung aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 1 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 8,75 ha.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.

**zu 6.11    Bebauungsplan Nr. 157 "Gewerbebestandsgebiet Deutsche Grube" -  
Beschluss zur öffentlichen Auslegung  
Vorlage: VI/2015/00659**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:                    einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 157 „Gewerbebestandsgebiet Deutsche Grube,, in der Fassung vom 27.02.2015 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht in gleicher Fassung.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 157 „Gewerbebestandsgebiet Deutsche Grube,, in der Fassung vom 27.02.2015 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht in gleicher Fassung, sind öffentlich auszulegen.

**zu 6.12    Satzung über die 1. Verlängerung der Veränderungssperre für den  
Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 155 „Gewerbebestandsgebiet  
Halle-Ost“  
Vorlage: VI/2015/00663**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt die Satzung über die 1. Verlängerung der Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 155 „Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost“.
2. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung benannten Planungsziele.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Veränderungssperre ortsüblich bekannt zu machen.

**zu 6.13 Baubeschluss Grundinstandsetzung der Elisabethbrücke (BR 022-023)  
Vorlage: VI/2015/00767**

---

**Herr Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, regte an, den Bau der Brücke im Schichtbetrieb fortführen zu lassen.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, nahm die Anregung auf. Mit Blick auf den Bauzeitpunkt machte er deutlich, dass es viele Baumaßnahmen in der Stadt gäbe und eine Optimierung der Verkehrsführung angestrebt wird.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die Grundinstandsetzung der Elisabethbrücke (BR 022-023).

**zu 6.14 Teilnahme der Stadtverwaltung Halle (Saale) am ESF-Landesprogramm  
"Schulerfolg sichern"  
Vorlage: VI/2015/00887**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt, zur Umsetzung des ESF-Programmes „Schulerfolg sichern“ im Fachbereich Bildung zwei Stellen mit 1,5 Vollbeschäftigteneinheiten befristet für die Zeit der Förderung der „Netzwerkstelle gegen Schulversagen Halle“ einzurichten.
2. Die Stellen werden ab 01.08.2015 in den Stellenplan 2015 aufgenommen. Der Zeitraum der Befristung gilt bis zum Ende des Förderzeitraums. Sofern sich die Förderbedingungen ändern informiert die Verwaltung.

3. Diese Stellen werden gesperrt, bis zur Erteilung des vorläufigen Maßnahmebeginns/Fördermittelbescheides. Ein Interessenbekundungsverfahren kann nach Beschlussfassung gestartet werden.

**zu 6.15 Grundsatzbeschluss zum Bau einer 3-Feld-Sporthalle am Standort „Steg“  
Vorlage: VI/2015/00919**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt den Bau einer 3-Feld-Sporthalle am Standort „Steg“ unter dem Vorbehalt einer Finanzierung aus Mitteln der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 (Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013).

**zu 6.16 Nachmeldungen zum Maßnahmeplan der Stadt Halle vom 11.09.2013 für Investitionen nach dem Hochwasser 2013 und Beschluss zur Höhe und Veränderung der Schadensmeldung von Fördermitteln nach der Richtlinie Hochwasser des Landes Sachsen-Anhalt zur Schadensbeseitigung bei der Infrastruktur der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/00955**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt der Nachmeldung von drei Maßnahmen sowie der damit verbundenen Erhöhung des Gesamtschadens um insgesamt 10,8 Mio. Euro auf 293.942.872,95 Euro zu (Anlage).

**zu 6.17 Änderungen des Gesellschaftsvertrages der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle  
Vorlage: VI/2015/01015**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

### **Beschluss:**

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) weist den gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle die als Anlage beigefügte Neufassung des Gesellschaftsvertrages zu beschließen.
2. Der gesetzliche Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Erklärungen abzugeben und Maßnahmen einzuleiten.

### **zu 7      Wiedervorlage**

---

#### **zu 7.1      Antrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines IT- Infrastrukturkonzeptes für die IT-Landschaft an haleschen Schulen Vorlage: VI/2015/00667**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:**                      **einstimmig zugestimmt**

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Erstellung eines ganzheitlichen Konzeptes zur Sicherstellung einer zukunftsfähigen IT-Infrastruktur, folgende Punkte zu prüfen, aufzuarbeiten und in Konzeptform dem Stadtrat vorzulegen:

- IST-Stand der IT-Infrastruktur (Software und Hardware) an öffentlichen haleschen Schulen
- Arbeitsplätze pro Schüler und Lehrer
- Netzanbindung
- mögliche Maßnahmen, um die IT-Landschaft aller Schulen an den aktuellen Standard anzupassen
- Ausstattungsplanung unter Berücksichtigung der Modernisierungszyklen
- Zukünftige Betreuung der Infrastruktur

Das Landes-Demonstrations-Zentrum (LDZ) für Schul-IT und digitale Lernwerkzeuge an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg soll in den Bildungsausschuss eingeladen werden, um über technische Ausstattungskonzepte für Schulen zu berichten, die im Rahmen des Investitionsprogramms STARK III gefördert werden können.

Eine erste Vorlage soll noch vor der Sommerpause 2015 erfolgen. Erforderliche Haushaltsmittel sind bereits im Haushaltentwurf 2016 abzubilden.

**zu 7.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) – Richtlinie zur einheitlichen Gestaltung von Radverkehrsanlagen  
Vorlage: V/2014/12602**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:**                    **mehrheitlich zugestimmt**

**geänderter Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, ~~eine Richtlinie~~ **Kriterien** zur ~~einheitlichen~~ Gestaltung von Radverkehrsanlagen zu erarbeiten und dem Stadtrat ~~bis zum Juli 2014~~ zum Beschluss vorzulegen.

**zu 7.4 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Verwendung der Ruherechtsentschädigung zum Abbau des Investitionsstaus an Friedhöfen  
Vorlage: VI/2015/00610**

---

**Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion**, bat um Zustimmung des Antrages.

Er begründete es damit, dass es sich um ein mittel- bzw. langfristiges kulturelles Programm zur Kultur der Friedhöfe handelt. Der Stadtrat trage die Verantwortung und müsse für eine würdige und ordentliche Umgebung auf den Friedhöfen eintreten.

Mit dem Antrag soll erreicht werden, dass künftig die kompletten Gelder aus den Ruherechtsentschädigungszahlungen des Bundes an die Stadt Halle zum Zwecke des Abbaus des Investitionsstaus auf den Friedhöfen eingesetzt werden.

Durch **Frau Bohm-Eisenbrandt, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, wurde darauf hingewiesen, dass es auch in vielen anderen Bereichen der Stadt, wie Schulen, Kitas und Spielplätzen, einen Investitionsstau gäbe. Momentan würden die Mittel aus der Ruherechtsentschädigungszahlung komplett in die Friedhöfe gegeben.

Des Weiteren machte sie darauf aufmerksam, dass durch das Landesverwaltungsamt darauf hingewiesen wurde, dass die Mittel dem Ergebnishaushalt zuzuführen sind. Eine teilweise Umschichtung der Gelder in den Investitionshaushalt sei nicht nur rechtswidrig, sondern reiße ein Loch in den Ergebnishaushalt, welches dann anderweitig gestopft werden müsse bzw. durch Erhöhung der Friedhofsgebühren zu erbringen ist. Dies werde aber durch ihre Fraktion abgelehnt.

Aus den angeführten Gründen könne dem Antrag nicht zugestimmt werden.

Abschließend zitierte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, aus dem Schreiben des Landesverwaltungsamtes: „Ich bitte Sie, die gegebenen Hinweise bei der Planung und der Verwendung der durch den Bund zur Verfügung gestellten Mittel der Ruherechtsentschädigung zu beachten und sicherzustellen, dass zukünftig die Mittel der Ruherechtsentschädigung in der Gesamtheit in den Ergebnishaushalt ausschließlich im Produkt Friedhöfe zugeführt werden.“

Diese Vorgabe werde durch die Verwaltung eingehalten und dementsprechend erfülle man genau die übermittelten inhaltlichen Anforderungen des Landesverwaltungsamtes.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**  
28 Ja-Stimmen  
23 Nein-Stimmen  
3 Enthaltungen

**Beschluss:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, künftig die Gelder aus den Ruherechtsentschädigungszahlungen des Bundes an die Stadt in voller Höhe jährlich in den Haushaltsplan zum Zwecke des Abbaus des Investitionsstaus an den Mauern, Treppen, Gebäuden und Wasserleitungen der kommunalen Friedhöfe einzustellen und für diesen Zweck zu verwenden.

**zu 7.5      Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum Schulbesuch von Geschwisterkindern aus dem Saalekreis**  
**Vorlage: VI/2015/00762**

---

**Herr Schachtschneider, CDU/FDP-Stadtratsfraktion,** informierte darüber, dass sich seine Fraktion bei der Abstimmung des Antrages der Stimme enthalten wird.

Er begründete es damit, dass die Verfahrensweise, die für die verbliebenen Geschwisterkinder galt, auf dem kurzen Dienstweg geregelt werden sollte, um betroffenen Familien die Chance zu geben, dass der Schulbesuch dort zu Ende geführt bzw. die jüngeren Geschwisterkinder die Schule besuchen können.

Der jetzt vorliegende Antrag setze jedoch andere Maßstäbe, da der Begriff „Geschwisterkinder“ nicht definiert sei.

Des Weiteren machte er darauf aufmerksam, dass es Probleme dahingehend geben könnte, wenn bei erhöhten Schülerzahlen halescher Kinder diese wegen einem Geschwisterkind aus dem Saalekreis nicht die gewählte halesche Schule besuchen kann.

Da es bis heute noch keine Kooperation mit dem Saalekreis zur Erstattung des Gastschulbeitrages gibt, könne dem Antrag nicht zugestimmt werden.

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM,** wies darauf hin, dass ein Einzelfall aus jüngster Vergangenheit, welcher durch die Stadt Halle realisiert wurde, nicht die Grundlage für eine generelle Lösung darstellen sollte.

Er könne deshalb dem Antrag nicht zustimmen, auch weil der Beschluss zu allgemein abgefasst sei.

Weiterhin machte er deutlich, dass die Plätze an bestimmten Schulen schon für die haleschen Schüler nicht ausreichen würden. Als halescher Stadtrat könne er deshalb eine solche Regelung nicht beschließen, da es im Zweifel zu Lasten halescher Schüler geht.

**Herr Senius, SPD-Fraktion**, begründete den Antrag damit, dass das Anliegen in der Verwaltungspraxis schon immer unterstützt wurde.

Im Kern gehe es um bestehende 10 bis 12 Fälle und darum, dass im Ergebnis den Geschwisterkindern, bei denen eines schon eine hallesche Schule besucht, einem anderen Geschwisterkind, wenn der Wunsch besteht, auch die Möglichkeit des gemeinsamen Schulbesuches ermöglicht wird.

Diese Verfahrensweise würde weder die Schulentwicklungsplanung noch den städtischen Haushalt überfordern.

Er halte es gerade in der Verantwortung der Stadträte für erforderlich, der Verwaltung zu dieser Problematik Sicherheit und klare Orientierung zu geben.

**Herr Senius** bat um Zustimmung des Antrages.

**Frau Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fügte hinzu, dass im Bildungsausschuss und im Finanzausschuss dem Antrag zugestimmt wurde und sich auch die Verwaltung positiv dazu geäußert habe.

Sie bat ebenfalls um Zustimmung des Antrages.

Bezugnehmend auf die Ausführungen von Herrn Senius stellte **Herr Häder** klar, dass für 10 bis 12 Einzelfälle keine generelle Regelung durch einen Stadtratsbeschluss gefasst werden müsse.

In diesem Zusammenhang kritisierte er die Verwaltung, welche im Bildungsausschuss auf seine Nachfrage zugesichert habe, eine Stellungnahme des Rechtsamtes zum Geschwisterbegriff vorzulegen. Diese Stellungnahme wurde ihm bisher nicht zur Kenntnis gegeben.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies darauf, dass der Fachbereich Recht Unterstützungsleistung für den jeweiligen Beigeordneten und den Oberbürgermeister gäbe. Entscheidend sei die Stellungnahme der Verwaltung in der Vorlage.

**Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, brachte seine Verwunderung über die Zustimmung der Verwaltung zum Ausdruck. Seiner Ansicht nach würde es zum Nachteil für hallesche Kinder führen. In dem Fall könne das Kind vermutlich mit Erfolg klagen, da die Stadt für die halleschen Kinder zuständig sei.

Seine Fraktion könne aus diesem Grund den Antrag nicht unterstützen.

Des Weiteren machte er deutlich, dass er als hallescher Stadtrat keine Verantwortung für die Kinder aus dem Saalekreis zu übernehmen hätte.

Abschließend sprach sich **Herr Senius** noch einmal für die Zustimmung des Antrages aus. Damit soll der Verwaltung die Grundlage für eine klare Entscheidung gegeben werden.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**                      **mehrheitlich zugestimmt**

### **Beschluss:**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Kindern aus dem Landkreis Saalekreis, deren Geschwister bereits eine hallesche Schule besuchen, die Möglichkeit einzuräumen, ebenfalls die gleiche hallesche Schule besuchen zu können.
2. Bei der Vergabe der Schulplätze an Geschwisterkinder aus dem Saalekreis sind diesen Geschwisterkindern aus der Stadt Halle (Saale) gleichzusetzen.

### **zu 7.6      Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines Rahmenplans für das Gebiet am Steg Vorlage: VI/2015/00603**

---

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, informierte darüber, dass dem Antrag im Ausschuss für Stadtentwicklung in der jetzt vorliegenden Fassung, mit der Erweiterung des Geltungsbereiches, zugestimmt wurde.

Er warb für die Zustimmung des Antrages.

**Abstimmungsergebnis:**                      **mehrheitlich zugestimmt**

### **Beschluss:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Rahmenplanung **städtebauliches Konzept** für eine zukünftige Neubebauung des Gebietes **entlang der Glauchaer Straße, vom Glauchaer Platz bis zur Torstraße** am Steg (~~begrenzt von Glauchaer Straße, Lange Straße, Steg und Moritzzwinger~~) zu erarbeiten und im ~~Oktober~~ **Dezember 2015 dem Ausschuss für Stadtentwicklung und danach** dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

### **zu 7.9      Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Ausführung der Straßenreinigung in Wohngebieten Vorlage: VI/2015/00694**

---

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, führte zum Ziel des Antrages aus, dass eine anwohnerfreundlichere Lösung bei den Straßenreinigungszeiten erreicht werden soll.

Eine Anfrage zu dieser Thematik habe gezeigt, dass in den Zeiten ab 13:00 Uhr nahezu keine Straßenreinigungen stattfinden und der Großteil sich auf die Zeiten zwischen 7:00 Uhr bis mittags konzentriert. Aus der Antwort der Verwaltung lässt sich erkennen, dass eine zeitliche Verschiebung nach hinten möglich wäre, ohne dass ein erhöhter personeller oder maschineller Aufwand notwendig wäre.

Aufgrund der von der Verwaltung dargestellten derzeitigen Überarbeitung der Tourenpläne durch die HWS unter Berücksichtigung der Anregung seiner Fraktion, erklärte **Herr Häder** den Antrag für erledigt.



**Abstimmungsergebnis:**

**erledigt**  
durch Antragsteller

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit es möglich ist, die maschinelle Straßenreinigung in Wohngebieten erst nach 10:00 Uhr ausführen zu lassen.

**zu 8      Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 8.1      Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Stadtratsfraktion) zur  
Öffnung des Mühlgrabens für den Wassersport im Rahmen der Umsetzung  
des Wassertourismuskonzeptes  
Vorlage: VI/2015/00954**

---

**Herr Bernstiel, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, bat darum, dem Votum der Stadtverwaltung zu folgen und dem Prüfauftrag zuzustimmen.

**Herr Aldag, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, machte deutlich, dass die Grundintentionen des Antrages mit seiner Fraktion fast im Einklang stehen.

Er empfahl, die Beantwortung der Verwaltung im September abzuwarten und danach den im vorliegenden Antrag bestehenden Prüfauftrag eventuell zu verschärfen. Auch seien die finanziellen Möglichkeiten zu prüfen, um eine Öffnung des Mühlgrabens finanziell und fachlich untersetzen zu können.

**Herr Aldag** verwies im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Planungsausschuss, den Ordnungs- und Umweltausschuss und in den Finanzausschuss.

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
in den  
**Ausschuss für Planungsangelegenheiten**,  
in den  
**Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten**  
und in den  
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung  
und Liegenschaften**

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen,

- 1. Welche Schritte sind erforderlich, um die Befahrbarkeit des Mühlgrabens für den nicht motorbetriebenen Wassersport, von der Höhe Kefersteinstraße bis zum Riveufer, zu ermöglichen.**

Dabei sollen insbesondere Möglichkeiten zur Öffnung der momentanen „Sperrstellen“ Mühlpforte und Steinmühle sowie die zu erwartenden Kosten geprüft werden.

und

2. Die Verwaltung wird beauftragt im Rahmen der Umsetzung des Grundsatzbeschlusses zum Wassertourismuskonzept – Punkt 2.\* -VI/2014/00485 die unter 1. geprüften Maßnahmen zu berücksichtigen und bis zur Sitzung des Stadtrates im Oktober 2015 zu berichten.

\*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die im Konzept *bisher nicht finanziell unteretzten* Maßnahmen inhaltlich so zu unterlegen, dass der Stadtrat daraus eine Prioritätenliste entwickeln und beschließen kann.

**zu 8.2 Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Stadtratsfraktion) zur Erweiterung des gastronomischen Angebotes auf der Peißnitz - (Saalestrand - Mündung Riveufer/Mühlgraben)  
Vorlage: VI/2015/00956**

---

**Herr Bernstiel, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, wies auf die Stellungnahme der Verwaltung hin, aus welcher hervorgeht, dass insbesondere geprüft werden muss, wie sich das auf die sieben gastronomischen Einrichtungen auswirkt, die es in diesem Bereich schon gibt. Seine Fraktion sehe in einer weiteren Ansiedlung eine Bereicherung.

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, machte deutlich, dass durch ihre Fraktion im April 2014 bereits ein Antrag zu diesem Thema eingereicht, dieser jedoch nicht mit der notwendigen Ernsthaftigkeit verfolgt wurde.

Die Verwaltung habe damals darauf verwiesen, dass die Schaffung eines gastronomischen Angebotes nicht in der originären Zuständigkeit der Verwaltung liege.

Sie begrüße jetzt die vorgegebene Richtung durch das Wassertourismuskonzept zur wohlwollenden Prüfung des Sachverhaltes.

In diesem Zusammenhang wies **Frau Dr. Brock** darauf hin, dass noch eine Antwort der Verwaltung zur Ansiedlung einer Strandbar an der Fontäne aussteht.

Durch die **Verwaltung** wurde eine schriftliche Beantwortung zugesagt.

**Frau Müller, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, stellte klar, dass ihre Fraktion grundsätzlich nicht gegen eine Strandbar sei, das vorliegende Anliegen aber anders gesehen wird.

Es könne nicht nachvollzogen werden, weshalb ausgerechnet einem Betreiber einer Strandbar eine Pachtermäßigung gegeben werden soll, obwohl es auf der Peißnitz jetzt schon mehrere gastronomische Angebote ohne diese Pachtermäßigung gäbe. Hier seien marktwirtschaftliche Aspekte zu berücksichtigen.

In Bezug auf die ursprüngliche Strandbar führte **Herr Bernstiel** aus, dass die vorgesehene Pacht zu hoch angesetzt war und deshalb die Betreibung einer Strandbar unwirtschaftlich sei.

Des Weiteren soll ein Konzeptwettbewerb stattfinden, um die dortige Gastronomie zu erweitern und zusätzliche Besucher auf die Peißnitz zu holen.

Bezüglich der Pachthöhe wurde durch **Herrn Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, darauf erwidert, dass für die vorgesehene Strandbar eine Grünfläche genutzt werden soll, welche die höheren Pachtsätze rechtfertigt.

Da seiner Meinung nach Bereiche mit höherer Aufenthaltsqualität auch am Riveufer fehlen, plädierte er dafür, zu prüfen, wie die Saale stärker für eine gastronomische Nutzung belebt werden kann.

**Frau Krimmling-Schoeffler, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, verwies den Antrag im Namen ihrer Fraktion in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI  
in den  
**Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung  
sowie Beschäftigung**

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen die Ansiedlung einer „Strandbar“, am bestehenden Saalestrand, an der Mündung Riveufer/Mühlgraben, zu fördern. In diesem Zusammenhang sollen insbesondere Möglichkeiten einer ermäßigten Pacht und der Durchführung eines Konzept-Wettbewerbs evaluiert werden.

Das Ergebnis der Prüfung soll dem Stadtrat bis zur Sitzung im Oktober 2015 vorgelegt werden.

**zu 8.3 Antrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU/FDP-Stadtratsfraktion) zur Aufstellung von Schließfachschränken an halleschen Schulen  
Vorlage: VI/2015/00951**

---

Durch **Herrn Schachtschneider, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, wurde deutlich gemacht, dass der Antrag ein großes Echo ausgelöst habe. Es gäbe einen sehr großen Bedarf an Schließfächern in den Schulen. Auch seien viele Eltern bereit, eine monatliche Gebühr von zwei bis drei Euro für ein Schließfach zu zahlen, um das Eigentum der Kinder sicherer zu verwahren.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, informierte darüber, dass die Verwaltung eine einzelfallbezogene Lösung gefunden habe.

Aktuell erfolgte eine Abfrage in den Schulen, um die Notwendigkeit der Schließfachschränke zu erfassen. Die Ergebnisse dazu lägen in ca. drei Wochen vor und würden dann anhand eines Erfassungsbogens im Bildungsausschuss bekannt gegeben.

Zum gleichen Thema wurde durch **Herrn Schied, Stadtrat**, darauf hingewiesen, dass es seiner Ansicht nach die Schließfächer schon flächendeckend in den Schulen gäbe und diese in den Grundschulen nicht erforderlich seien. Er bezeichnete den Antrag als „Schaufensterantrag“.

**Frau Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, stimmte den Ausführungen von Herrn Schied zu.

Abschließend wies **Herr Schachtschneider** darauf hin, dass von den Eltern der Wunsch nach Schließfächern an ihn herangetragen wurde, weil es diese noch nicht in allen Schulen gäbe. Bezüglich der Schließfächer in Grundschulen machte er deutlich, dass dort altersgerechte Schließsysteme angebracht werden können.

Laut Aussage von **Herrn Schied** sollte sich weder der Stadtrat noch die Verwaltung mit dem Thema beschäftigen. Dafür seien andere Gremien, wie beispielsweise der Schulelternrat, zuständig.

**Abstimmungsergebnis:**                      **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwiefern die Aufstellung von Schließfachschränken an Halleschen Schulen möglich ist.

Bei der Prüfung sollen alle Schulformen einbezogen werden.

Das Ergebnis der Prüfung einschl. der Kosten pro Schuljahr wird im Bildungsausschuss vorgestellt.

**zu 8.4      Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur  
Änderung des Flächennutzungsplanes im Gebiet um die ehemalige  
Eissporthalle  
Vorlage: VI/2015/00948**

---

**Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, teilte mit, dass mit dem Antrag deutlich gemacht werden soll, in diesem Gebiet keine weitere Bebauung zuzulassen. Die Begründung für die veränderte Deichführung zeige, dass nicht nur die Saale ein Problem darstellt, sondern auch der Grundwasserstand aus Halle-Neustadt.

Des Weiteren könne er der Stellungnahme der Verwaltung in dem Punkt nicht folgen, welche kein Problem mit der geplanten Dammführung sehe.

Das Gebiet soll naturbelassen bleiben, vorbehaltlich möglicher Änderungen, die sich aus den Hochwasserschutzmaßnahmen ergeben.

**Herr Bernstiel, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Ausschuss für Stadtentwicklung und in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, stellte fest, dass der vorliegende Antrag stark mit dem Antrag seiner Fraktion zu den Schutzziele im Zusammenhang steht, welcher durch Herrn Oberbürgermeister bereits zweimal widersprochen wurde. Er bat um Auskunft zur weiteren Verfahrensweise.

Der Intention des vorliegenden Antrages könne seine Fraktion folgen und würde deshalb zustimmen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** erwiderte, dass unter den damaligen Gegebenheiten die Eissporthalle nicht rechtlich verfügbar war und er dies mit dem Widerspruch auch deutlich gemacht hat.

Dies habe sich jetzt geändert und schon in seinem Bericht habe er deutlich gemacht, dass in den nächsten acht Monaten eine Freigabe erfolgen soll und möglicherweise der Abriss bis dahin durchgeführt werden könnte.

Unter Berücksichtigung der Entscheidungen in den nächsten Wochen würde er gegebenenfalls den Widerspruch zurücknehmen.

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion  
in den  
**Ausschuss für Planungsangelegenheiten**  
und in den  
**Ausschuss für Stadtentwicklung**

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Stadtratssitzung Dezember 2015 ein Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplanes im Gebiet zwischen dem Gimritzer Damm und dem neu zu errichtenden Deich entlang der Wilden Saale/ Elisabeth-Saale einzuleiten.
2. Sämtliche Flächen in diesem Gebiet mit der Zweckbindung „Erholungseinrichtungen, Kultur und Sport“ sowie „Erholungseinrichtungen, Freizeiteinrichtungen, Sporteinrichtungen“ sind in „Grünflächen mit Versorgungsfunktion“ umzuwandeln.

**zu 8.5     Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur personellen Erweiterung der Trägerversammlung des Jobcenters  
Vorlage: VI/2015/00950**

---

**Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, wies darauf hin, dass es seine Fraktion für sinnvoll halte, den Antrag nochmals zu erörtern. Aus diesem Grund werde der Verweisung des Antrages durch den Oberbürgermeister zugestimmt.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies den Antrag in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss, in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung, in den Jugendhilfeausschuss, in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften und in den Hauptausschuss.

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters  
in den  
**Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss,**  
in den  
**Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung  
sowie Beschäftigung,**  
in den  
**Jugendhilfeausschuss,**  
in den  
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung  
und Liegenschaften,**  
und in den  
**Hauptausschuss**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale) wird beauftragt, sich in der Trägerversammlung des Jobcenters dafür einzusetzen, dass die Trägerversammlung auf sechs Personen erweitert wird.
2. Der Stadtrat entsendet zwei Stadträte als weitere Mitglieder der Trägerversammlung.

**zu 8.6      Antrag der Fraktion DIE LINKE/DIE PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur  
Einrichtung eines "Welcome Centers"  
Vorlage: VI/2015/00971**

---

**zu 8.6.1    Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der  
Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung  
eines "Welcome Centers"  
Vorlage: VI/2015/01024**

---

**Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI,** machte deutlich, dass das Anliegen aus dem Antrag ersichtlich wird. Asylsuchende würden immer wieder beklagen, dass sie an vielen verschiedenen Stellen vorsprechen müssen, um ihre Angelegenheiten ordnen zu können. Sie machte darauf aufmerksam, dass diese sich an erster Stelle einbringen und integrieren wollen, wozu neben der Arbeit auch die Sprachausbildung gehört.

Die Aussage im Workshop zum ISEK, dass Zuwanderung und Integration Bestandteile der Stadtentwicklung sind, hätte sie darin bestätigt, den Antrag in den Stadtrat einzubringen. Darin werde der Oberbürgermeister darum gebeten, sich für die vorgeschlagene Struktur einzusetzen.

**Frau Haupt** bat um Zustimmung des Antrages.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies auf das bestehende Gesprächsangebot zu diesem Thema. Er gehe davon aus, eine gute Lösung diesbezüglich zu finden.

**Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion**, begrüßte im Namen seiner Fraktion das Anliegen des Antrages. Die Netzwerke in der Stadt Halle (Saale), welche gegenüber anderen Kommunen sehr gut funktionieren, sollten zusammengelegt werden, um eine Anlaufstelle für die Asylsuchenden zu bilden.

Aus diesem Grund wurde der Änderungsantrag seiner Fraktion gestellt und man begrüße die Annahme des Hinweises durch die antragstellende Fraktion.

**Herr Dr. Diaby** bat um Zustimmung und Umsetzung des Antragsanliegens.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wies darauf hin, dass er dem Antrag und dem Änderungsantrag aus rechtlichen Gründen nicht zustimmen kann.

Er habe im Sinne des Antrages ein gemeinsames Gespräch angeboten, um eine Regelung zu finden. Aus diesem Grund bat er darum, nicht über den Antrag abzustimmen.

**Herr Schachtschneider, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, signalisierte seine Zustimmung zum Antrag.

In diesem Zusammenhang teilte er mit, dass er eine syrische Familie von Anhalt-Bitterfeld nach Halle begleitet habe und verschiedene Behördengänge mitgegangen sei. Dabei habe er feststellen müssen, dass allein die deutschen Formulare eine Herausforderung darstellen würden.

Auch aus diesem Grund halte er eine Begleitung bei allen Behördengängen, bis zum Mietvertrag etc., für sehr wichtig.

Da noch Gesprächsbedarf zu diesem Thema besteht, verwies er im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss.

**zu 8.6.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung eines "Welcome Centers"**  
**Vorlage: VI/2015/01024**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion  
in den

**Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss**

**Beschlussvorschlag:**

Die Beschlussvorlage wird wie folgt geändert:

Der Stadtrat beschließt:

**1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt** ~~Der Oberbürgermeister wird gebeten~~, bis Dezember 2015 ein **Konzept zur Einrichtung eines** „Welcome Center“ der Stadtverwaltung für Asylsuchende, Flüchtlinge, EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern sowie für internationale Studierende ~~einzurichten~~ **zu erarbeiten. Dabei ist zu prüfen, inwieweit ein** Das „Welcome Center“ „unter einem Dach“ ~~solte~~ folgende Verwaltungsleistungen, Beratungs- und Informationsstellen vereinen **kann:**

- a) Möglichkeiten der Ab- und Ummeldungen des Wohnsitzes, die Erteilung, Verlängerung und Übertragung von Aufenthaltstiteln
- b) Informationsstellen für Wohnungssuchende zu Angeboten der örtlichen Wohnungsunternehmen
- c) Informations- und Beratungsangebote zur Kinderbetreuung, zum Schulbesuch, zu Studienmöglichkeiten
- d) Beratungsangebote zum Lebensunterhalt (z.B. nach Asylbewerberleistungsgesetz)
- e) Informationen zur Anerkennung von im Ausland erworbenen schulischen, beruflichen, und akademischen Abschlüssen
  - Vermittlung von Deutschkursen bzw. Angeboten zur Sprachförderung
  - Informationen über berufliche Qualifizierungen und Integration in den Arbeitsmarkt
- f) Informationen und Beratungen zur gesundheitlichen Betreuung
- g) Informations- und Beratungsangebote für ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement und Freizeitgestaltungsmöglichkeiten (z.B. Angebote in Sportvereinen u.a.m.; Angebote der Freiwilligenagentur)
- h) Ansiedlung von Sprachbegleitern

**Weiterhin ist in Betracht zu ziehen, dass** alle entsprechenden Antragsformulare für mögliche zu beantragende Leistungen **sollen** im „Welcome Center“ zur Handreichung vorhanden sein und mit einer ersten Beratung gekoppelt werden **könnten**.

**2. Das Konzept ist dem Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss sowie dem Hauptausschuss zur Beratung vorzulegen.**

**zu 8.6 Antrag der Fraktion DIE LINKE/DIE PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung eines "Welcome Centers"**  
**Vorlage: VI/2015/00971**

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion  
 in den

**Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss**

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, bis Dezember 2015 ein „Welcome Center“ der Stadtverwaltung für Asylsuchende, Flüchtlinge, EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern sowie für internationale Studierende einzurichten. Das „Welcome Center“ „unter einem Dach“ sollte folgende Verwaltungsleistungen, Beratungs- und Informationsstellen vereinen:

- a) Möglichkeiten der Ab- und Ummeldungen des Wohnsitzes, die Erteilung, Verlängerung und Übertragung von Aufenthaltstiteln



- b) Informationsstellen für Wohnungssuchende zu Angeboten der örtlichen Wohnungsunternehmen
- c) Informations- und Beratungsangebote zur Kinderbetreuung, zum Schulbesuch, zu Studienmöglichkeiten
- d) Beratungsangebote zum Lebensunterhalt (z.B. nach Asylbewerberleistungsgesetz)
- e) Informationen zur Anerkennung von im Ausland erworbenen schulischen, beruflichen, und akademischen Abschlüssen
  - Vermittlung von Deutschkursen bzw. Angeboten zur Sprachförderung
  - Informationen über berufliche Qualifizierungen und Integration in den Arbeitsmarkt
- f) Informationen und Beratungen zur gesundheitlichen Betreuung
- g) Informations- und Beratungsangebote für ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement und Freizeitgestaltungsmöglichkeiten (z.B. Angebote in Sportvereinen u.a.m.; Angebote der Freiwilligenagentur)
- h) Ansiedlung von Sprachbegleitern

Alle entsprechenden Antragsformulare für mögliche zu beantragenden Leistungen sollen im „Welcome Center“ zur Handreichung vorhanden sein und mit einer ersten Beratung gekoppelt werden.

**zu 8.7 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Prüfung der Errichtung von Bewegungsparks für alle Generationen  
Vorlage: VI/2015/00965**

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, bat darum, dem Antrag seiner Fraktion zuzustimmen und die Prüfung kurzfristig im September/Oktober im Stadtrat bzw. in den zuständigen Ausschüssen vorzustellen

**Herr Schachtschneider, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, verwies im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss und in den Finanzausschuss.

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion  
in den  
**Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss**  
und in den  
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung  
und Liegenschaften**

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

1. geeignete Standorte im öffentlichen Raum für die Errichtung von Bewegungsparks für alle Generationen, unter besonderer Berücksichtigung von Bedürfnissen der Seniorinnen und Senioren, zu prüfen,
2. in Zusammenarbeit mit der Seniorenbeauftragten der Stadt, Senioren-, Sport- und Gesundheitsverbänden zu prüfen, ob und welche Bewegungsangebote (Geräte) für Erwachsene, speziell auch für Seniorinnen und Senioren, im öffentlichen Raum bestehen und möglich wären,
3. mögliche Förderprogramme des Bundes oder der EU zur Errichtung von Bewegungsparks zu prüfen.

**zu 8.8 Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE/ Die PARTEI und SPD-Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) zum Ausschuss für Personalangelegenheiten  
Vorlage: VI/2015/00966**

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM** verwies im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Hauptausschuss.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der  
Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM  
in den  
**Hauptausschuss**

### **geänderter Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt,

~~dass ein Vertreter des Personalrates der Stadtverwaltung als sachverständiger Interessenvertreter Mitglied im Ausschuss für Personalangelegenheiten mit beratender Funktion wird. Die Stadtverwaltung bereitet ggf. erforderliche Satzungsänderungen vor und legt sie dem Stadtrat zum Beschluss vor.~~

dass ein Vertreter des bei der Stadtverwaltung gebildeten Personalrates zu den öffentlichen und nicht öffentlichen Sitzungen des Ausschusses für Personalangelegenheiten Teilnahme- und Rederecht erhält.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, soweit zur Umsetzung eine Änderung der Hauptsatzung und/oder Geschäftsordnung des Stadtrates erforderlich sein sollte, diese zu erarbeiten und dem Stadtrat zum Beschluss vorzulegen.

**zu 8.9 Antrag des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM) zur Prüfung einer kombinierten Jahreskarte Zoo  
Vorlage: VI/2015/00967**

---

**Herr Häder** begründete seinen Antrag mit dem Fehlen einer Jahreskarte für Kinder. in Begleitung eines beliebigen Erwachsenen. Damit könne dem Kind der mehrfache Zoobesuch ermöglicht werden.

Laut der Stellungnahme der Verwaltung soll die Angelegenheit im Zooaufsichtsrat besprochen werden. **Herr Häder** bat um Zustimmung zu seinem Antrag.

**Herr Schied, Stadtrat**, stimmte der Idee grundsätzlich zu. Seiner Ansicht nach müsse jedoch geklärt werden, für welches Kind in der Familie die Karte ausgestellt wird.

**Herr Bernstiel, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, unterstützte zwar das Anliegen des Antrages. Er stellte jedoch infrage, weshalb nicht bei der Jahreskarte für Kinder das andere Elternteil das Eintrittsgeld von 7,50 Euro bezahlen könne.

Er verwies in diesem Zusammenhang auf die angespannte finanzielle Situation des Zoos. Um dessen Attraktivität zu erhalten, müsse auch Eintritt bezahlt werden, wenn das Angebot des Zoos genutzt wird. Auch sei die gemeinsame Eltern-Kind-Karte schon ermäßigt. Aus diesen Gründen würde er dem Antrag nicht zustimmen.

**Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, informierte darüber, dass das Thema in der nächsten Sitzung des Aufsichtsrates des Zoo angesprochen werden soll.

Des Weiteren merkte er an, dass zur vorgeschlagenen Jahreskarte ein technisches Verfahren gefunden werden muss, um die Ermäßigungskarte zuordnen zu können. Ohne einen entsprechenden Vorschlag diesbezüglich könne er dem Antrag nicht zustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**                      **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit es der Zoologischen Garten Halle GmbH möglich ist, künftig eine Jahreskarte für ein Kind mit einer beliebigen, erwachsenen Begleitperson anzubieten. Das Prüfergebnis wird dem Stadtrat bis zur Stadtratssitzung September 2015 mitgeteilt.

**zu 8.10     Antrag der Stadträtin Regina Schöps (NEUES FORUM) zur Prüfung eintrittsfreier Zeiten in Museen der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/00968**

---

**Frau Dr. Schöps** begründete ihren Antrag damit, dass für die halleschen Bürgerinnen und Bürger, unabhängig ihrer finanziellen Situation, die Museen besser zugänglich gemacht werden sollen. Es soll geprüft werden, ob der kostenfreie Besuch in den Museen möglich gemacht werden kann.

**Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, erinnerte an einen vor zwei Jahren beschlossenen Antrag, die Eintrittspreise der halleschen städtischen Museen zu prüfen und diese leicht anzuheben, da im Haushalt der städtischen Museen kaum Mittel für die Pflege der Einrichtungsgegenstände oder für Ankäufe zur Verfügung stehen.

Bisher habe es zwei Dauerausstellungen gegeben, für die ca. 50.000 Euro zur Verfügung stehen. Benötigt werden jedoch 400.000 Euro. In diesem Zusammenhang könne sie die Stellungnahme der Verwaltung, zur Annahme des Antrages auf Prüfung eintrittsfreier Zeiten in den städtischen Museen nicht nachvollziehen.

Des Weiteren wies sie darauf hin, dass die Stadt beispielsweise auf die Moritzburg oder das Landesmuseum keinen Zugriff habe. Auch das Halloren- und Salinemuseum befinde sich in freier Trägerschaft. Diesem werden jedes Jahr die Zuschüsse, mit Verweis auf die Haushaltssituation, von der Stadt gekürzt.

Sie verwies den Antrag im Namen ihrer Fraktion in den Kulturausschuss und in den Finanzausschuss.

Laut Aussage von **Herrn Schramm, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, gehe es mit dem Antrag auch um kulturelle Teilhabe. Es müsse bedacht werden, dass alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt die kulturellen Angebote wahrnehmen können.

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, stimmte der Verweisung in die Ausschüsse zu. Es seien umfangreiche Überlegungen anzustellen, um kulturelle Angebote auch in schwierigen Finanzsituationen zu schaffen. Er finde es wichtig, die Schwellen für diese Angebote niedrig zu halten.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, erklärte, den Antrag nicht im Finanzausschuss behandeln zu wollen. Es gäbe finanzielle Auswirkungen, wenn die Besucher nur noch an eintrittsfreien Tagen in die Museen gehen würden.

Durch **Herrn Dr. Wend, SPD-Fraktion**, wurde darauf hingewiesen, dass man sich im Stadtrat darauf geeinigt hatte, Prüfaufträge nicht zu verweisen. Er fragte, weshalb das in diesem Fall nicht umgesetzt wird und sich die Bearbeitung dadurch weiter hinziehen würde.

**Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, machte darauf aufmerksam, dass im heutigen Sitzungsverlauf verschiedene Fraktionen diesen Konsens verlassen hätten. Laut der Geschäftsordnung seien Verweisungen zulässig.

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion  
in den  
**Kulturausschuss**  
und in den  
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung  
und Liegenschaften**

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung soll in Abstimmung mit dem Stadtmuseum, dem Technischen Halloren- und Salinemuseum, dem Händel-Haus sowie dem Kunstmuseum Moritzburg und dem Landesmuseum für Vorgeschichte die Möglichkeit prüfen, in diesen kulturellen Bildungseinrichtungen der Stadt Halle eintrittsfreie Besichtigungszeiten anzubieten, z. B. an jedem ersten Donnerstag oder Sonnabend des Monats ab 15.00 Uhr.

Das Prüfergebnis wird dem Stadtrat bis zur Stadtratssitzung September 2015 mitgeteilt.

**zu 8.11 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur  
Neubesetzung von Ausschüssen  
Vorlage: VI/2015/01016**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat entsendet Herrn Dennis Helmich als Mitglied in den Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach der VOB, VOL, HOAI und VOF.
2. Der Stadtrat entsendet Frau Ann-Sophie Bohm-Eisenbrandt als Mitglied in den Rechnungsprüfungsausschuss.
3. Frau Ann-Sophie Bohm-Eisenbrandt scheidet als Mitglied im Sportausschuss aus. Der Stadtrat entsendet Herrn Dennis Helmich als Mitglied in den Sportausschuss.

**zu 8.12 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Wahl eines Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss  
Vorlage: VI/2015/01017**

---

Da es keinen Widerspruch für ein offenes Wahlverfahren gab, wurde eine offene Wahl durchgeführt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Stadtrat wählt Herrn Dennis Helmich als Stellvertreter für das stimmberechtigte Mitglied Dr. Inés Brock im Jugendhilfeausschuss der Stadt Halle (Saale).

**zu 8.13 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbesetzung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Halle GmbH  
Vorlage: VI/2015/01018**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) schlägt der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Halle GmbH die Abberufung von Herrn Dietmar Wehrich im Aufsichtsrat vor.
2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) schlägt der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Halle GmbH Frau Dr. Inés Brock für den Aufsichtsrat vor.

3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Maßnahmen einzuleiten.

**zu 8.14 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbesetzung des Verwaltungsrates der Saalesparkasse  
Vorlage: VI/2015/01019**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) widerruft die Entsendung von Herrn Dietmar Wehrich in den Verwaltungsrat der Saalesparkasse.
2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) entsendet Herrn Dennis Helmich in den Verwaltungsrat der Saalesparkasse.

**zu 8.15 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Sportausschuss  
Vorlage: VI/2015/01021**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Herr Dennis Helmich scheidet als sachkundiger Einwohner im Sportausschuss aus.

Herr Martin van Elten wird als sachkundiger Einwohner in den Sportausschuss berufen.

**zu 9 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 9.1 Anfrage der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zum Stellenplan  
Vorlage: VI/2015/00886**

---

**Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, sprach seine Verwunderung zu den langen Recherchen zur Beantwortung der Anfrage aus und äußerte seine Verärgerung über die Weigerung der Verwaltung zur Auskunft der Vergütungsgruppen

In Erweiterung seiner Anfrage bat er um Auskunft über die Stichtage bei den Altersteilzeitstellen in der Freizeitphase.

Des Weiteren bat er um Informationen zu den Möglichkeiten, derartige Recherchen im Personalsystem der Verwaltung durchzuführen. In diesem Zusammenhang wünschte er ein Angebot der Verwaltung, ähnlich wie bei Akteneinsichtnahmen.

Durch **Herrn Bürgermeister Geier** wurde erwidert, dass die Verwaltung eine umfassende Auswertung vorgenommen habe. Seit März 2013 würden dem Stadtrat monatliche aktuelle Veränderungen im Bereich des Personals vorgelegt.

Die von Herrn Bönisch gewünschte Auskunft über die Altersteilzeitstellen in Freizeitphase könne noch im Detail dargestellt werden.

**Herr Bönisch** machte noch einmal deutlich, dass er die Möglichkeit der dezernats- und fachbereichsscharfen Auswertung für dringend erforderlich halte. Sollte dies nicht möglich sein, müsse die Verwaltung ein anderes Auswertungssystem anschaffen.

**Herr Bürgermeister Geier** wies ausdrücklich darauf hin, dass laut der Stellungnahme der Verwaltung die geforderte Auswertung unverhältnismäßig sei. Um dies zu realisieren müssten ca. zehn Mitarbeiter damit beschäftigt werden. Dies sei auch aus dem Grund nicht möglich, da die normalen Dienstgeschäfte in der Personalverwaltung weiter laufen.

**Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, wies Herrn Bönisch darauf hin, sein Anliegen ähnlich einer Akteneinsicht, schriftlich zu beantragen.

---

**zu 9.2      Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Stadtratsfraktion)  
zur möglichen Erhöhung der Kitagebühren  
Vorlage: VI/2015/00672**

---

**Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion**, verwies auf seinen Vorsitz im Jugendhilfeausschuss und machte darauf aufmerksam, dass keine Absicht besteht, die Kita-Gebühren zu erhöhen. Er halte es für unredlich, bei Kenntnis der finanziellen Lage das Thema so populistisch anzusprechen. Dies werfe ein schlechtes Bild auf kommunale Politik.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** informierte darüber, dass der Tarifabschluss und der Rahmenvertrag sowie die möglicherweise veränderten Standards der Verwaltung nicht bekannt sind und Herr Beigeordneter Kogge heute schon dazu ausgeführt habe. Es müsse das Ergebnis abgewartet werden, um entsprechende Argumentationen führen zu können.

---

**zu 9.3      Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Stadtratsfraktion)  
zur Unterhaltung von Wartehäuschen  
Vorlage: VI/2015/00875**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen

**zu 9.4      Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Stadtratsfraktion)  
zur Umsetzung des Brandschutzbedarfsplanes  
Vorlage: VI/2015/00952**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.5      Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Tätigkeit der Schiedsstellen  
Vorlage: VI/2015/00943**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.6      Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zum Umgang mit gewerblichen  
Brach- und Erschließungsflächen  
Vorlage: VI/2015/00944**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.7      Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Verkehrssituation in der  
halleschen Altstadt  
Vorlage: VI/2015/00961**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.8      Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Bildungsangebot in der  
Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/00869**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.9      Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum 25. Jahrestag der  
deutschen Wiedervereinigung  
Vorlage: VI/2015/00878**

---

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, fragte an, wann eine Information zu einer möglichen geplanten Veranstaltung zum 25. Jahrestag der Wiedervereinigung erfolgen wird.

Laut Aussage von **Frau Ernst, Büroleiterin**, lägen bis zur nächsten Stadtratssitzung in zwei Wochen noch keine konkreten Auskünfte dazu vor.



Sie schlug vor, über die Sommerferien den Fraktionsgeschäftsstellen Informationen zur Verfügung zu stellen und entsprechende Modalitäten abzusprechen.

Auf die Anfrage von **Herrn Krause**, ob erst das Rederecht an Frau Ernst gegeben werden muss, ehe sie antwortet, stellte **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, fest, dass der Oberbürgermeister ihr das Wort zusprechen kann und durch den Vorsitzenden des Stadtrates werde dies dann erteilt.

Die gleiche Verfahrensweise wurde bisher beim Fachbereich Recht und den entsprechenden Beigeordneten gehandhabt.

---

**zu 9.10    Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Zuweisung von  
Flüchtlingskindern an Schulen im Stadtgebiet  
Vorlage: VI/2015/00958**

Die Beantwortung der Anfrage wurde auf September vertagt.

---

**zu 9.11    Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur sozialen Wohnraum-  
versorgung in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/00959**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

---

**zu 9.12    Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Radverkehr in der  
Bernburger Straße  
Vorlage: VI/2015/00872**

**Frau Bohm-Eisenbrandt, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte nach, wann die Prüfungen hinsichtlich des Schutzstreifens in etwa abgeschlossen sein werden.

**Frau Ernst, Büroleiterin**, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

---

**zu 9.13    Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Spielhallen  
Vorlage: VI/2015/00960**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

---

**zu 9.14    Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Einsatz von Pestiziden  
Vorlage: VI/2015/00962**

Die Beantwortung der Anfrage wurde auf Juli vertagt.

**zu 9.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einrichtung von Fußgängerüberwegen**  
**Vorlage: VI/2015/00963**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.16 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Bewerbung und Vermarktung des Roten Turms und Stadtmuseums**  
**Vorlage: VI/2015/00858**

---

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, zeigte sich überrascht von der Antwort der Verwaltung zur positiven Zusammenarbeit zwischen Stadtmarketing und Stadtmuseum und dass der Rote Turm bereits aktiv beworben wird.

Er habe die Erfahrung machen müssen, dass sowohl im Stadtmuseum als auch beim Stadtmarketing diesbezüglich kaum Auskünfte erhältlich sind und auch das Angebot nicht aktiv vermittelt werden konnte.

**Herr Häder** erinnerte in diesem Zusammenhang an den letzten Wirtschaftsförderungsausschuss, in welchem Herr Voß, Geschäftsführer Stadtmarketing GmbH, mitteilte, dass das Stadtmarketing keinen Zugriff mehr auf den Roten Turm habe und sich die Zusammenarbeit mit dem Stadtmuseum schwierig gestaltet.

Als Ausschussvorsitzender bat er darum, das Thema in einer der nächsten Ausschusssitzungen zu behandeln und dazu sowohl Vertreter des Stadtmarketing als auch des Stadtmuseums einzuladen, um deren Zusammenarbeit zu besprechen.

**Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, sagte dies zu.

**zu 9.17 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Sicherheit von Eingangstüren an Grundschulen**  
**Vorlage: VI/2015/00859**

---

Bezugnehmend auf die Antwort der Verwaltung wies **Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, darauf hin, dass es teilweise vorkomme, dass Schüler aus den verschiedensten Gründen einige Minuten später kommen und dann vor verschlossener Eingangstür stehen. Es könne von einem Grundschüler nicht erwartet werden, dass er eventuell bis zur nächsten Pause vor der Schule wartet.

Aus diesem Grund müsse eine Lösung gefunden werden, um dem Schüler die Möglichkeit des späteren Zutritts in die Schule zu gewähren.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, machte deutlich, dass die Problemlage bekannt sei. Es gäbe jedoch die Schwierigkeit, dass nicht an allen Schulen Schulsekretärinnen eingesetzt sind, die bei zusätzlichem Bedarf die Eingangstüren öffnen würden.

Im nächsten Treffen mit den Direktoren und Lehrern der Schulen im Herbst werde er noch einmal auf deren Verantwortung plädieren.

**Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat die Verwaltung diesbezüglich um aktuelle Informationen an den Bildungsausschuss zu dieser Thematik.

**zu 9.18    Anfrage der Stadträtin Regina Schöps (NEUES FORUM) zum Stand der Vereinbarungen nach § 11a des KiFöG  
Vorlage: VI/2015/00969**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.19    Anfrage der Stadträtin Regina Schöps (NEUES FORUM) zur kommunalen Beteiligung der Stadt Halle an Entscheidungen zu Mobilfunksendeanlagen seit August 2013  
Vorlage: VI/2015/00970**

---

**Frau Dr. Schöps** bedankte sich für die Beantwortung ihrer Anfrage durch die Verwaltung, welche inhaltlich jedoch unbefriedigend sei.

Sie berief sich dabei auf die Vorsorgepflicht einer Kommune gegenüber ihrer Bevölkerung. Es gäbe viele Hinweise darauf, dass übermäßige Mobilfunkbestrahlung hohe gesundheitliche Risiken bedingen könne. Die gesetzlichen Grenzwerte seien dafür in Deutschland so hoch gefasst, dass diese Risiken nicht hinreichend eingegrenzt werden.

Sie verwies darauf, dass einige Kommunen diese Risiken mit eigenen Mobilfunkkonzepten begegnen. Dabei soll die hohe Strahlungsbelastung an einzelnen Standorten vermieden und trotzdem eine optimale Funk- und Internetverbindung garantiert werden.

Abschließend appellierte **Frau Dr. Schöps** an die Verwaltung, sich dem Problem Mobilfunkstrahlung fachlich zu widmen und über eine Erarbeitung eines eigenen Mobilfunkkonzeptes nachzudenken.

**zu 10        Mitteilungen**

---

**zu 10.1    Altersarmutsbericht 2014 der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/00699**

---

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

## zu 10.2 Standards LQE Kita

---

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

## zu 11 mündliche Anfragen von Stadträten

---

### zu 11.1 Anfrage Herr Eigendorf, SPD-Fraktion, zur Sicherung der ehemaligen Eissporthalle

---

Da bereits Sicherungsmaßnahmen an der ehemaligen Eissporthalle ergriffen worden sind, änderte **Herr Eigendorf** seine Anfrage und fragte nach, ob noch weitere Maßnahmen geplant sind und ob regelmäßige Kontrollen an dem Gebäude stattfinden würden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte die Beantwortung der Anfrage im nicht öffentlichen Teil zu.

### zu 11.2 Anfrage Herr Aldag, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Teilnahme an der Auftaktkonferenz zum Dialogprozess Klimaschutzplan 2050

---

**Herr Aldag** fragte nach, ob die Stadt Halle mit dem Dienstleistungszentrum Klimaschutz an der Auftaktkonferenz zum Dialogprozess Klimaschutzplan 2050 an diesem Wochenende teilnehmen wird.

**Herr Stäglich** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

### zu 11.3 Anfrage Frau Bohm-Eisenbrandt, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zu Taubenkäfigen

---

**Frau Bohm-Eisenbrandt** übergab schriftliche Anfragen zum Thema Taubenkäfige in der Stadt Halle zur Beantwortung an die Verwaltung.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, teilte mit, dass die Taubenkäfige vom Fachbereich Gesundheit, Abteilung Veterinärwesen im Rahmen der Gefahrenabwehrverordnung aufgestellt worden sind.

Aufgrund des Umfangs der Anfragen sagte **Herr Beigeordneter Kogge** eine schriftliche Beantwortung zu.

**zu 11.4   Anfrage Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zum Fluthilfe-Antrag  
Peißnitz**

---

**Herr Bönisch** fragte an, ob ein Fluthilfe-Antrag zur Umgestaltung der Peißnitz abgegeben wurde und welches Ziel damit verfolgt wird.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

**zu 11.5   Anfrage Herr Bartl, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Bebauung an der Spitze**

---

**Herr Bartl** informierte über den Erhalt eines Briefes vom Bund Deutscher Architekten (BDA) Landesverband Sachsen-Anhalt, welcher am 06.05.2015 an den Oberbürgermeister gerichtet wurde. Darin gehe es um Fragen zur Restbebauung an der Spitze durch einen privaten Investor. Es wurde angefragt, ob sich an der Außengestaltung für das geplante Hotel Dritte beteiligen könnten.

Er fragte an, ob der Brief noch beantwortet wird.

**Frau Ernst, Büroleiterin**, teilte dazu mit, dass sie in einem Telefonat den Unterzeichner des Briefes darauf hinweisen wird, dass in einem gemeinsamen Termin mit dem Oberbürgermeister und Vertretern des BDA die aktive Mitgestaltung angeboten wurde. Auch sei der BDA gebeten worden, sich mit konkreten Projekten an das Büro des Oberbürgermeisters zu wenden, was jedoch noch nicht erfolgt ist.

Es besteht jederzeit die Möglichkeit zur aktiven Mitarbeit.

**zu 11.6   Anfrage Herr Schachtschneider, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Vertragsverlängerung Mehrgenerationenhaus Pustebume**

---

**Herr Schachtschneider** informierte darüber, dass der Vertrag des Mehrgenerationenhauses „Pustebume“ Ende des Jahres ausläuft und fragte an, ob die Verwaltung vorhabe, den Vertrag zu verlängern.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte eine Verlängerung des Vertrages zu. Aus Sicht der Verwaltung gäbe es keinen Anlass, den Vertrag auslaufen zu lassen.

**zu 11.7   Anfrage Herr Schachtschneider, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Förderrichtlinie STARK III**

---

**Herr Schachtschneider** fragte nach, ob es einen Plan gibt, wie die Förderrichtlinie STARK III mit Eigenmitteln finanziert werden soll. Dabei bezog er sich konkret auf das neue Gymnasium. Des Weiteren fragte er an, ob diese Mittel auch für den künftigen Haushalt schon mit eingeplant werden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** erwiderte, dass die Fassung der Förderrichtlinie seitens des Landes noch nicht freigegeben ist. Nach der Freigabe würde die Verwaltung einen Haushaltsvorschlag für den Haushalt 2016 vorlegen.

#### **zu 11.8 Anfrage Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zur Markttreppe**

---

In Bezug auf die behindertengerechte Gestaltung der Markttreppe fragte **Frau Haupt** an, ob auch noch die Kennzeichnung der Stufen und die fehlenden Leitstreifen unterhalb der Markttreppe realisiert werden.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, sagte eine Prüfung des Sachverhaltes und schriftliche Beantwortung zu.

#### **zu 11.9 Anfrage Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, zur Bürgerreise nach Savannah**

---

**Herr Dr. Diaby** bezog sich in seiner Anfrage auf eine Pressemitteilung und fragte nach, ob Vertreter der Stadt an der Bürgerreise in die Partnerstadt Savannah beteiligt waren. Im gleichen Zusammenhang fragte er an, ob bekannt sei, weshalb die Martin-Luther-Universität nicht teilgenommen habe.

**Frau Ernst, Büroleiterin**, berichtete, dass als Vertreter der Stadt Halle Herr Dr. Schmieder, TGZ-Geschäftsführer, an dieser Reise teilnahm. Die Reise wurde vom Verein Halle International organisiert. Bei Nachfragen zu Hintergründen zur Zusammensetzung der Teilnehmer müsste der Verein kontaktiert werden.

#### **zu 11.10 Anfrage Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, zum Bericht Altersarmut**

---

In Bezug auf den Altersarmutsbericht führte **Herr Dr. Diaby** aus, dass auf Seite 31 mitgeteilt wird, dass die Angebote nicht immer von den Betroffenen angenommen werden. Dafür wurden beispielsweise mangelnder Internetzugang als Begründung benannt.

Er fragte nach den Unternehmungen der Stadt, um die Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit zu verstärken.

Durch **Herrn Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, wurde darüber informiert, dass es für ausländische Mitbürger einen „Sondertopf“ vom Innenministerium geben wird, aus dem auch die Öffentlichkeitsarbeit für ausländische Bürger gefördert werden soll.

Ebenso wolle die Verwaltung versuchen, die Internetpräsenz leichter lesbar zu machen. Die gefundenen Lösungen werden dem Stadtrat mitgeteilt.

**zu 11.11 Anfrage Herr Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur veränderten Verkehrsführung Kreuzvorwerkstraße**

---

Bezüglich seiner Anfrage aus der Aprilsitzung des Stadtrates zur Änderung der Verkehrsführung Kreuzvorwerkstraße teilte **Herr Peinhardt** mit, dass er bisher keine Rückmeldung erhalten habe.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sicherte eine umgehende Nachlieferung der Antwort zu.

**zu 11.12 Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Homepage der Stadt Halle (Saale)**

---

**Herr Wolter** bezog sich in seiner Anfrage auf die neue Website der Stadt Halle und fragte nach, ob es Überlegungen gäbe, noch mehr Angebote der Gesellschaften der Stadt darzustellen bzw. die Website weiter zu entwickeln.

Des Weiteren fragte er nach den entstandenen Kosten diesbezüglich.

**Frau Ernst, Büroleiterin**, teilte dazu mit, dass die von Herrn Wolter angesprochenen Informationen der Gesellschaften auf den Unterseiten der Homepage zur Verfügung gestellt werden. Die Verwaltung nehme die Anregung zur Optimierung auf.

Bezüglich der Kosten könne noch keine Auskunft gegeben werden, da die Gestaltung der Website noch nicht abgeschlossen sei. Zum Jahresende könne sie die Summe benennen.

**zu 11.13 Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Kinderbetreuung für Stadträtinnen und Stadträte**

---

Bezugnehmend auf einen Beschluss des Stadtrates fragte **Herr Wolter** nach, ob eine Kinderbetreuung durch Stadträtinnen oder Stadträte genutzt wurde und wenn ja, welche Kosten dafür entstanden sind.

Von **Herrn Paulsen, Grundsatzreferent**, wurde dazu mitgeteilt, dass die angebotene Kinderbetreuung bisher noch nicht von Stadträtinnen und Stadträten in Anspruch genommen wurde.

**zu 11.14 Anfrage Frau Krischok, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zum Bericht Altersarmut**

---

**Frau Krischok** fragte nach, ob das Fehlen der Kontaktdaten im Altersarmutsbericht Absicht ist, damit keine Nachfragen gestellt werden können. Weiterhin bat sie um eine Erklärung des Bildes auf dem Deckblatt des Berichtes.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, teilte mit, dass es zum Bild eine hallesche Geschichte gäbe. Es handelt sich dabei um die Person des „Zither Reinhold“, welcher von den Machern des Altersarmutsberichtes, seinen Mitarbeitern, als eine hallesche Person gesehen wurde, die Alter und Armut verkörpere, ohne diskriminierend zu wirken.

Bezüglich der Kontaktdaten teilte er mit, dass diese im Impressum aufgeführt sind. Ansprechpartner in seinem Geschäftsbereich sei im Bereich Sozialplanung Herr Weiske. Sollte es kein Impressum geben, werde er unverzüglich eine Ergänzung vornehmen lassen.

## **zu 12      Anregungen**

---

Es lagen keine Anregungen vor.

## **zu 13      Anträge auf Akteneinsicht**

---

Anträge auf Akteneinsicht lagen nicht vor.

Abschließend bedankte sich **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bei den ehemaligen Protokollführerinnen des Stadtrates, Frau Schneider und Frau Sommer, für deren geleistete Arbeit.

**Herr Lange** beendete die 11. öffentliche Sitzung des Stadtrates.

---

Dr. Bernd Wiegand  
Oberbürgermeister

---

Hendrik Lange  
Vorsitzender des Stadtrates

---

Maik Stehle  
Protokollführer